

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nellen oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Ver-
 trauens- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inletzte für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Korrespondent: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 3. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Korrespondent: Amt I, Nr. 5121.

Die Umkehr.

Die chinesische Angelegenheit hat für Deutschland insofern eine neue Wendung genommen, als der deutsche Kaiser jetzt selbst die bisherige Politik verläßt und in überraschendem Umschwung sich zu Anschauungen bekennt, die bisher nur von der radikalsten Opposition vertreten worden sind.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht das Telegramm, das der chinesische Kaiser an Wilhelm II. gerichtet hat und dessen Antwort. Wir lassen die beiden Schriftstücke im Wortlaut folgen:

Dem deutschen Kaiser ist folgendes Telegramm zugegangen:
 „Seine Majestät der Kaiser von China entbietet Seiner Majestät dem Kaiser seinen Gruß.“

Daß Eurer Majestät Gesandter Freiherr v. Ketteler als Opfer der plötzlichen in China ausgebrochenen Empörung gefallen ist, ohne daß unsere Beamten es verhindern konnten, und dadurch die freundschaftlichen Beziehungen getrübt sind, haben wir bereits aufs tiefste beklagt und bedauert; durch Verordnung vom heutigen Tag verordnen wir, daß für den Verstorbenen an einem Altar geopfert wird, und haben den Großsekretär Kung-Kang angewiesen, an dem Altar ein Tranlopf darzubringen. Die Handels-Superintendenten der nördlichen und südlichen Häfen haben zugleich Befehl erhalten, bei der Ueberführung des Sarges in die Heimat alle nötigen Vorkehrungen zu treffen. Bei der Ankunft des Sarges in Deutschland verordnen wir die Darbringung eines zweiten Opfers an einem Altar und haben mit der Vollziehung desselben den Vizepräsidenten des Finanzministeriums Tze-Sai-Quan beauftragt. Es soll dadurch unser Schmerz und unser Gedenken an den Verstorbenen zum Ausdruck gebracht werden.

Deutschland hat mit China stets die freundschaftlichsten Beziehungen unterhalten. Wir hoffen daher fest, daß Eure Majestät vor allen Dingen die großen gemeinsamen Interessen Chinas und des Auslands schützen und deshalb allem Groll entsagen werden, damit so bald wie möglich der Friede vereinbart werden kann und eine allseitige Eintracht für ewige Zeiten ermöglicht wird. Das ist unsere sehnlichste Hoffnung und unser lebhaftest Wunsch.“

Wilhelm II. hat mit nachstehendem Telegramm geantwortet:
 30. September 1900.

An den Kaiser von China.

Ich, der deutsche Kaiser, habe das Telegramm Sr. Majestät des Kaisers von China erhalten.

Ich habe daraus mit Genugthuung ersehen, daß Eure Majestät bestrebt sind, die schändliche, jeder Kultur hohnsprechende Ermordung meines Gesandten nach Gebrauch und Vorschrift Ihrer Religion zu sühnen. Doch kann ich als deutscher Kaiser und Christ diese Unthat durch Tranlopf nicht als gesühnt erachten. Neben meinem ermordeten Gesandten ist eine große Zahl von Willkürchristlichen Glaubens, Bischöfe, Missionare, Frauen und Kinder vor den Thron Gottes getreten, die um ihres Glaubens willen, der auch der meinige ist, unter Martern gewaltsam gestorben sind und als Ankläger Eurer Majestät erscheinen. Reichen die von Eurer Majestät befohlenen Tranlopf für alle diese Unschuldigen aus?

Ich mache nicht Eure Majestät persönlich verantwortlich für die Unthat, welche gegen die bei allen Völkern für unantastbar geachteten Gesandtschaften verübt, noch für die schwere Kränkung, welche so vielen Nationen, Konfessionen und den Unterthanen Eurer Majestät, die meinem christlichen Glauben angehören, zugefügt worden ist. Aber die Ratgeber des Throns Eurer Majestät, die Beamten, auf deren Haupten die Blutschuld des Verbrechens ruht, das alle christlichen Nationen mit Entsetzen erfüllt, müssen ihre Schandthat büßen, und wenn Eure Majestät sie der verdienten Strafe zuführen, so will ich dies als eine Sühne betrachten, die den christlichen Nationen genügt. Wollen Eure Majestät Ihren kaiserlichen Arm dazu leihen und hierbei die Unterstützung der Vertreter aller beleidigten Nationen genehmigen, so erkläre ich mich meinerseits damit einverstanden. Auch würde ich die Umkehr Eurer Majestät nach Ihrer Hauptstadt Peking zu diesem Zweck gern begrüssen. Mein General-Feldmarschall Graf v. Waldersee wird den Befehl erhalten, nicht nur Eure Majestät nach Rang und Würde ehrenvoll zu empfangen, sondern auch Eurer Majestät jeden militärischen Schutz zu gewähren, den Sie wünschen und dessen Sie vielleicht auch gegen die Rebellen bedürfen.

Auch ich sehne mich nach Frieden. Aber nach dem Frieden, der die Schuld löst, das begangene Unrecht in vollem Umfang und nach jeder Richtung wieder gut macht und allen Fremden in China volle Sicherheit bietet an Leib und Leben, an Hab und Gut, besonders aber zu freier Ausübung ihrer Religion.

Wir leben davon ab, die Antwort des Kaisers, die im einzelnen die Kritik herausfordern mag, des näheren zu zerlegen, weil wir mit Genugthuung feststellen können, daß Wilhelm II. in der völlerrechtlichen Frage jetzt einer Meinung Ausdruck giebt, die bisher nur von der Socialdemokratie und dem „Vorwärts“ vertreten worden ist.

Hatte das Mandchurien des Grafen Billow im Namen der Regierung des Kaisers die völlerrechtswidrige Anschauung vertreten, daß vor jeder Friedensverhandlung die Schuldigen ausgeliefert werden müßten, so desavouiert Wilhelm II. jetzt seinen verantwortlichen Ratgeber, indem er nicht nur dem chinesischen Kaiser die Verhaftung der Schuldigen, wie es sich gebührt, überläßt, sondern auch selbst in Friedensverhandlungen eingetreten ist, bevor die Forderung seiner Regierung erfüllt worden ist.

Es mußte erst zu der völligen Isolierung kommen, in die unsere Chinapolitik Deutschland gebracht hat, um eine völlige und entscheidende Umkehr zu veranlassen. Wir begrüßen diese Wendung zum Besseren, so spät sie kommen mag. Denn ein solcher Briefwechsel, wenigstens der Versuch, von China Genugthuung zu erhalten, hätte nach den Satzungen des Völlerrechts jeder kriegerischen Aktion vorausgehen müssen. Ungeheure Opfer an Gut und Blut wären vermieden worden, wenn das geschehen wäre.

Wir legen kein besonderes Gewicht darauf, wenn Wilhelm II. auch jetzt noch den Begriff der Sühne allzuweit zieht. Er wird auch in dieser Hinsicht, sofern er sich ernstlich nach Frieden sehnt, den Rücksichten der Billigkeit und Gerechtigkeit nachgeben. Er wird der Erwägung zugänglich sein, daß ein durch die Fremden aufs äußerste gereiztes, in seiner nationalen Existenz gefährdetes Volk nur in der Notwehr Erzeße begangen hat, daß die „Schuld“ der Chinesen durch die unglücklichen Greuel, welche die Völler der christlichen Kultur in China angerichtet haben, bereits gesühnt, mehr als gesühnt ist.

Die vaterlandslose Socialdemokratie ist als Partei der Humanität auch wahrhaft patriotisch. Sie freut sich der Wandlung, wenn sie auch nach allem Vorhergegangenen nicht allzu optimistisch sein darf. Es ist in der That ein weiter Weg von jener Zeit, da der Graf Billow das Entschuldigungsschreiben an Wilhelm II. nicht anstuferte, da der Kaiser seine Nachrede hielt, da die Regierung ihr Mandchurien erließ bis zu diesem Telegramm. Hoffen wir, daß die Regierung nun unter allen Umständen einen billigen und verständlichen Frieden sucht. Wir selbst sind ja Sühne schuldig für unsere größere Schuld.

Für die bürgerliche Presse, die bisher begeistert den Nachkurs steuerte, wird es ja nun ein leichtes sein, mit derselben Begierde einzuschwenken und eine Politik zu feiern, die bisher nur die Partei der vaterlandslosen Gefinnung und des Umsturzes gefordert hat.

China.

Angeichts der Veränderung der Lage auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz, die durch das an anderer Stelle mitgeteilte Schreiben des deutschen an den chinesischen Kaiser förmlich herbeigeführt wird, beschränken wir uns heute auf die Wiedergabe der wichtigsten aus Ostasien eingelaufenen Nachrichten.

Die Amerikaner haben den Rückzug aus China schon eingeleitet. Eine Depesche aus Tientsin vom 28. September besagt: Vorbereitungen für die Zurückziehung der amerikanischen Truppen wurden begonnen. Wie man hört, wird ein Regiment Infanterie, eine Schwadron Kavallerie und eine Batterie Artillerie in Peking zurückgelassen zum Schutze der amerikanischen Interessen. Der Rest der Truppen wird unverzüglich nach Manila gehen. Die Zahl der amerikanischen Truppen, die nach Manila zurückkehren, beläuft sich auf 4000 Mann.

Die Annexion der Mandchurei durch Rußland wird von Petersburg aus offiziell geleugnet. Der dortige „Regierungsbote“ meldet: In der auswärtigen Presse erschienen Nachrichten über eine vermeintliche Annexion der nachbarlichen mandchurischen Gebiete durch Rußland. Die von der kaiserlichen Regierung im fernem Osten verfolgten Aufgaben wurden in den offiziellen Mitteilungen ganz entschieden zum Ausdruck gebracht. Aus dem Inhalt dieser Mitteilungen folgt hinlänglich klar, daß die oben genannten Nachrichten über eine Einverleibung der Mandchurei in das Reichsgebiet jeder Begründung entbehren.

Ueber die Thaten der europäischen „Kulturträger“ wird gemeldet:

Bei der ersten Besetzung der chinesischen Hauptstadt überboten sich Engländer und Franzosen in gemeinsamer Plünderung, diesmal weitestgehend Russen und Engländer. Die nichtchristlichen Japaner erwiesen sich beziehungsweise als besser disciplinierter und zivilisierter. In London trifft die Meldung ein, daß die Engländer ganz offiziell plündern. Die Leute wird auf öffentlichem Markte versteigert, und das soll den ganzen Winter hindurch so weiter gehen. Von den Russen wird berichtet, daß sie den Pekingser Sommerpalast regelrecht ausgeraubt haben und daß gewaltige Kisten zur Abführung nach Rußland bereit stehen. Was gebührt gegen diese an den 30-jährigen Krieg gemahnende Wirtschaft der Höchstkommandierende, der deutsche Feldmarschall Graf Waldersee zu ihm? —

Letzte Meldungen.

Berlin, 2. Oktober. (W. T. V.) Eine hier eingegangene amtliche Meldung aus Peking vom 28. September berichtet über das vorläufige Ergebnis der wegen der Ermordung des Gesandten Freiherrn v. Ketteler angelegten Untersuchung:

Nachdem der chinesische Unteroffizier, der den tödlichen Schuß auf Freiherrn von Ketteler abgegeben hatte, bei dem Versuch, die Uhr des Ermordeten zu verkaufen, erklamt und von japanischen Soldaten festgenommen war, wurde er auf Antrag der deutschen Vertretung unseren Truppen ausgeliefert. Am 21. d. M. fand seine letzte Vernehmung statt. Darin sagte der Verhaftete aus, am 19. Juni nachmittags hätten er und seine Leute von einem Prinzen den Befehl erhalten: „Schleht die Fremden nieder, wenn Euch welche zu Gesicht kommen.“ Der Mörder bestreitet, daß der Befehl gelangt habe, auf einen Gesandten oder im besonderen auf den deutschen Gesandten zu schießen. Ebenso will der Mörder nicht angeben können, von welchem Prinzen der Befehl, auf die Fremden zu schießen, erteilt worden sei.

Shanghai, 2. Oktober. (W. T. V.) Nach einem kaiserlichen Edikt vom 28. September ist Pflüster, der bisherige Gouverneur von Schanghai, seines Amtes enthoben. Das Edikt ordnet ferner die Verlegung einiger wichtiger Posten mit Personen an, die, so viel man weiß, an der Völlerbewegung nicht beteiligt waren.

New York, 2. Oktober. (W. T. V.) Eine hier aus Tientsin eingetragene Depesche vom 29. September meldet: Li-Hung-Chiang hat seine Absicht, nach Peking zu gehen, aufgegeben. Es verlautet, daß er Unterhandlungen mit dem russischen Gesandten beginnt wird, sobald der letztere in Tientsin antommt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Oktober.

Der Milliarden-Tribut.

In unserer gestrigen Notiz über den geplanten 8 Mark-Getreidezoll haben sich zwei Irrtümer eingeschlichen. Erstlich ist der durchschnittliche Jahresverbrauch von Weizen und Roggen auf 13 1/2 Millionen Tonnen anzugeben. Sodann berechnet sich der jährliche Tribut, den das arbeitende Volk an die Agrarier zu zahlen hat natürlich auf 1080, nicht 108, Millionen Mark. Das bedeutet ungefähr

pro Kopf der Bevölkerung 20 Mark

oder für die fünfköpfige Arbeiterfamilie 100 Mark, die jährlich die Kermisten an die Junker noch über den normalen Tribut hinaus zu zahlen haben.

100 Mark Steuer, gezahlt an wenige Besitzende, von jeder proletarischen Familie, das bedeutet der 8 Mark-Zoll. Wahrlich, die Raubritter sind armselige Apostel der Humanitätsduselei gewesen gegenüber diesem organisierten Großwucher ihrer Nachkommen. —

Der Abgeordnete Eugen Richter hat sich in einer Rede im Barmen auch über die verfassungswidrige Reichsberatung des Reichstags gelegentlich des Kreuzzugs nach China geäußert. Er führte aus, daß der Reichstag längst hätte einberufen werden müssen. Inzwischen sollen die Millionen buchstäblich aus der Reichskasse heraus, und doch steht in der Verfassung, daß alle Ausgaben im voraus veranschlagt werden müssen, und die Zustimmung des Reichstags einzuholen ist. Der Einwand, daß die Zustimmung nachträglich eingeholt werden kann, kann uns keineswegs trösten; denn wenn das Geld ausgegeben ist, woher soll es denn wieder hergenommen werden? Die Herren alle zusammen haben nicht die Mittel, um die Kosten auch nur einer Brigade zu bestreiten. Das Geldbewilligungsrecht, das Budgetrecht ist der Mittelpunkt des konstitutionalismus und die Verantwortlichkeit der Minister. Der einzige verantwortliche Minister war in dem Monat, wo eine so bedeutende Rundgebung in der auswärtigen Politik erfolgte, wo ein neuer Marschlein gelegt wird, — der Reichskanzler war auf Reisen! Ich habe schon im Reichstag darauf hingewiesen, daß eine Reichsregierung im Umherziehen doch eigentlich nicht das richtige ist. Die Schuld an diesen unheilbaren Zuständen trifft nicht bloß die Regierung und die Mehrheit des Reichstags, sie trifft das Volk im ganzen. Am letzten Ende wird in einem Lande nie anders regiert, als das Volk es verdient.

Das sind ganz gute Worte. Nur ist daran zu erinnern, daß gerade die bürgerlichen Parteien und deren Verhalten der Regierung die oben gekennzeichnete, die Völlerrechte mit Füßen tretende Ignorierung des Parlamentes erlauben. Die Socialdemokratie ist unerschuldig daran, wenn die Regierung ungestrast die verfassungsmäßigen Rechte des Volks mißachtet darf. —

„Das hässliche Glück des Centrums.“ Unter dieser Spitzmarke brachte wir kürzlich eine Anzahl Aushengzettel aus dem Hohen Buch zum Abdruck. Diese Muster-Spitzzettel enthielten Rezepte, die es den Hausfrauen ermöglichen sollen, Mittagessen für vier Erwachsene in dürftigen Verhältnissen zum Preise von 45, 35, 33 und sogar von 27 Pf. herzustellen. Der „Nöln. Volks-Zeitung“ ist unsere Kritik unangenehm. Sie fragt, was denn die armen Leute, die nur 27 bis 45 Pf. pro Mittagessen aufwenden können, thun sollen; ob sie sich an die socialdemokratischen Missionäre Singer und Krons wenden sollen?

Die letztere Phrase von den Millionären, die ihr Geld verteilen sollen, ist so verbrandt, daß wir darauf nicht weiter eingehen wollen; etwas mehr Biß hätten wir von den „gelegneten“ Redactoren der „Nölnischen Volks-Zeitung“ aber doch erwartet. Die Frage ist überhaupt nicht so zu stellen: Was sollen die armen Leute thun, die nicht mehr haben, sondern es handelt sich darum: Was soll eine Partei thun, die, wie das Centrum, sich eine Volkspartei nennt und die da weiß, daß viele solche Familien existieren? Die Antwort ist leicht. Nicht billige Rezepte soll sie verschreiben, denn wie die armen Leute sich durchhungern müssen, wissen sie allein. Dagegen kann eine politische Partei viel zur Besserung des Loses der unteren Volksschichten beitragen, wenn sie nicht, wie das Centrum thut, für die sozialistische Weltpolitik, für den Parlamentismus und Militarismus eintritt, wenn sie nicht, wie das Centrum ebenfalls thut, die Brotverteuerungs-Politik der Agrarier unterstützt.

Im Zeichen des Kurzsturzes.

Die anhaltende Verstimmung der Börse und der rapide Fall der Aktien haben gesehnt eine wahre Hungersnot in der Bourgeoisie erzeugt. Herr Tich, der Begründer des neuen Warenkaufes, hat sich daher um das Leben des ausgehungerten Bürgertums ein wirkliches Verdienst erworben, als er die Eröffnungsfest seines Palastes mit einem ausgiebigen Frühstück verband.

In welchem Maße die Opfer des Kurzsturzes leblich heruntergekommen waren, das zeigt eine anschauliche Schilderung, die der „Konfessionär“ von dem Tich-Schmaus entwirft. Das Fachblatt schreibt:

„So etwas haben die ältesten Feste“ noch nicht mitgemacht. Ein Zola hätte Studien machen können und einige besonders hübsche Schildchen seien dem Kulturhistoriker der Zukunft aufbewahrt. Zwei Herren teilten brüderlich eine Kiste Cigarren, während andre kleinere Quantitäten in den Aschtrichter verschwanden liegen. Der Sekt wurde aus Biergläsern getrunken, und selbst diese diebstahlgewichtigen Sektflaschen von ganz besonders geschickten Köchen eskamotiert. Ein Herr nahm kurzhand den ganzen Napf mit Kaviar, 2 1/2 Pfund, und erschaffte es, trotzdem er wohl nicht wollte, was er ah. Ein anderer packte einen ganzen Hahn mit Federn in eine Serviette, wobei er „versehenlich“ den silbernen Spieß mitgehen ließ. Vorher den Servietten waren Noten aus der benachbarten Käsegabteilung zum

Einpacken sehr beliebt. Im Handumdrehen waren die Käffchen, die über 5000 Mark gelostet hatten, und mit denen das englische Haus A. Juster ein Meisterwerk geliefert hatte, geräumt. Die Juster mit Recht so beliebten Humoren hätten nicht radikaler vorgehen können. Was nicht zu essen war, wie Kustny z. B. wurde zerhackt. Der Hoflieferant Hefner, der seine Mitbürger doch genau kennt, stand stumm dabei und hat den höchsten Ausruf: „Det sieht ja aus, als wenn de Berliner den Weihnachten nicht jesseln haben.“ Und es sah eigentlich noch schlimmer aus. Es waren sehr leistungsfähige Leute da; denn neben den großen Epyvorden, neben ungezählten Flaschen edelsten Rhein- und Bordeauxweins wurden sechshundert Flaschen Sekt verfligt. Lombroso scheint in einigen Punkten mit seinem „Weib als Verbrecherin“ recht zu haben. Denn wir können es nicht unterdrücken, die Damen haben sich besonders hervorgetan. Sie gingen sogar so weit, daß sie nicht nur à la Homer die Hände anstreckten zum leichten bereiten „Nast“, sondern, nachdem sie ihren Appetit gestillt, suchte auch ihr Schönheitsstimm Befriedigung und fand die Blumenarrangements, die von ihnen weiblich geplündert wurden. Erst als „es nichts mehr gab“, konnten diese „lieben Gäste“ mit Würde und Rot herausgeführt werden. Vom Hause hatten sie herzlich wenig gesehen, aber ihre gastronomischen Kenntnisse hierlich erweitert.“

Nun werden die Armen wohl bis zum Einweihungsfestmessen des nächsten Warenhauses gelächelt sein; man muß ihnen — angedeutet der ausgedehnten Entbehrungen — schon die tartarische Pflünderung der Käffchen nachsehen.

Vom freien, deutschen Rhein! Die beiden Italiener, die dieser Tage, wie wir meldeten, wegen angeblicher Majestätsbeleidigung vor die Strafkammer zu Düsseldorf kamen, aber glänzend freigesprochen wurden, sind nun von der Polizei aus dem Untersuchungsgefängnis, in dem sie wochenlang unschuldig haben sitzen müssen, in Vollgezwang genommen und dann aus dem Staatsgebiet ausgewiesen worden. Das ist eine Auflehnung der Polizei gegen das Gericht! —

Schulz vor Schulden! Aus Kiel wird uns vom 1. Oktober berichtet: Ein Vorkommnis so unerhörter Art hat sich heute hier in Kiel abgespielt, daß der schon so oft auch hier in Kiel sich als Notwendigkeit herausgestellte Schulz des Publikums vor Schulden sich immer notwendig erweist.

Sinnlos betrunken, haben zwei Schulden auf der Straße mittags kurz vor 2 Uhr zwei ruhig ihres Weges gehende Personen angehalten und die eine durch einen Säbelhieb über den Kopf und die andere durch einen Stich in die Seite derart verletzt, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden und einer der Verletzten sich in eine akademische Heilanstalt begeben mußte.

Die mit der blanken Waffe in der Luft fuchtelnden, durch die Straße schreitenden Ordnungswächter wurden unter Anführung eines Kommandanten von sechs ihrer Kollegen verhaftet. Das zu vielen Hunderten auf der Straße sich ansammelnde Publikum war in äußerster Weise über die Geschehnisse empört. —

Khaki-Leiden. Die „R. Vahr. Landesztg.“ veröffentlicht den Brief eines freiwilligen Khaki, der an Bord der „Saldania“ nach China transportiert worden ist. Es heißt in diesem „Saldania“-Brief: „In Port Said bekamen wir Zeitungen zu lesen, worin geschrieben stand, daß wir auf dem Schiff ein Leben wie die Grottenfahnen und ausgedehnte Verpflegung hätten. In Wirklichkeit steht es aber mit unsrer Kost nicht so großartig. Morgens um 8 Uhr giebt's Kaffee mit Brot, um 12 Uhr Rind- oder Hammelfleisch, welches schon mehrmals so miserabel war, daß man es nicht essen konnte. Die Suppe ist natürlich infolge des schlechten Fleisches kaum genießbar gewesen. Zum Fleisch giebt's gewöhnlich Kartoffeln, die zum Teil wässrig sind. Um 3 Uhr bekommen wir Kaffee mit Brot, abends um 8 Uhr eine schlechte Brot- oder Reisuppe oder Heringe mit Kartoffeln, dazu noch Thee. Leider ist von dem bairischen Bier, das wir massenhaft an Bord haben, noch kein Tropfen über unsre Lippen gekommen, wir erhalten jeden Sonntag 1/4 Liter schlechten Hamburger Bieres. Es ist viel gute Ware an Bord, aber man läßt diese eher kaputt gehen, als daß man der Mannschaft davon giebt.“

Wer mag die viele gute Ware denn konsumieren, wenn es nicht die Mannschaften bekommen? —

Der Centralverband von Vereinen deutscher Holzinteressenten hielt am Montag in München seinen vierten Verbandstag ab. Ueber die Vorbereitung der Handelsverträge referierte Dr. Deumer, Düsseldorf und brachte eine Resolution ein, welche langfristige Tarifverträge befürwortet, sich gegen Erhöhung der Holzholzzölle wendet und für verlagerte Ware nur einen solchen Zoll als richtig anerkennt, welcher bewirkt, daß die Herstellung möglichst im Inlande erfolgt, ohne jedoch dem Verbraucher das für viele bedeutende Industrien notwendige Material in rationeller Weise zu verteuern, welches nur in fertig gefertigtem Zustande eingeführt werden kann. Die Resolution, welche ferner einen erhöhten Zoll auf fertige Thürten und a. a. aus Gründen des Schutzes nationaler Arbeit empfiehlt und den Ausbau des Leistungsfähigen deutschen Arbeiterstandes befürwortet, das auf die Forstwirtschaft und das Holzgewerbe einen größeren Einfluß habe als die Pollsäge, wurde einstimmig angenommen. —

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar schreibt man uns: Nachdem von unserer Seite in den für uns in Betracht kommenden Kreisen eine Agitationsbrochure verbreitet und damit die Stille vor dem Wahlkampf unterbrochen wurde, sind nun auch die National-Socialen und Freisinnigen mit ihrem Wahlauftritt erschienen. Die reaktionären Kreise unterhandeln lebhaft mit den National-Liberalen, um der Opposition eine geschlossene Phalanx entgegenzustellen. Es ist rührend anzusehen, wie man von konservativ-agrarischer Seite den National-Liberalen, die bei Konstituierung des gegenwärtigen Landtags durch die Junker einfach aus dem Präsidium des Landtags hinausgeworfen wurden, um den Part geht. Der National-Liberalismus wirtschaftlich durch seine zweifelhaft schwächliche Haltung in unfernen Ländern immer mehr ab. Wenn zwar heute der 3. Weimarer Wahlkreis im Reichstage noch von Wassermann vertreten ist, so war davon nur das Eintreten der National-Socialen schuld, die sich nun diesmal auf die Seite der Opposition stellen, da — im weimarschen Landtag militärische Freigang nicht erledigt würden. Der Oberbürgermeister Papp in Weimar hat das ihm daselbst angebotene Mandat der National-Liberalen abgelehnt, und in Jhmenau haben unsere Genossen dafür gesorgt, daß bei der dortigen „Probewahl“ der Bürgermeister und Landtags-Abgeordnete Gedard — welcher, trotzdem er noch 2 Jahre als Bürgermeister gewählt ist, schon jetzt von der Würgerschaft wissen wollte, ob er auch für weitere 12 Jahre gewählt würde, und dann mit größerer Sicherheit auch wieder für den Landtag kandidieren konnte, — glänzend durchfiel. Trotzdem wir in früheren Jahren mit derselben Zeit mit den Urwahlen fertig waren und auch bereits für den Monat Oktober die Abgeordnetenwahlen anberaumt sind, haben die Behörden bis heute noch nicht einmal den Termin der Urwahlen ausgeschrieben, so daß anzunehmen ist, daß der Zeitraum zwischen Ausschreibung und Stattfinden der Urwahlen ein sehr kurzer sein wird. — Wenn man an gewissen Stellen glaubt, uns durch einen solchen Schachzug zu überzumpeln, so befindet man sich, wie schon öfters, auch diesmal auf dem Holzwege.

Am vergangenen Sonnabend sollte in einer öffentlichen Versammlung in Eisenach der Abg. Baudert über „Politische und gesellschaftliche Organisationen, sowie den Parteistand in Thüringen“ durch die Versammlung verboten. Der Herr Bezirksdirektor war aber auch sehr darauf bedacht, daß der Referent rechtzeitig von dem Verbot Kenntnis erhielt, indem er flugs depešchirte:

Bezirksdirektor Apolda!
Dem Schankwirt Aug. Baudert dort bitte ich sofort eröffnen zu lassen, daß die heute hier geplante öffentliche Versammlung von mir untersagt ist.

Bezirksdirektor Eudon.
In Apolda wurde darauf kurzgehandelt: Der Inhalt dieses Telegramms durch Verlesung desselben zu eröffnen.

Der Bezirksdirektor Schmidt.
Nun kann man aber sehr im Zweifel sein, was für Gründe den Herrn Bezirksdirektor Eudon bewogen haben, diesen ganz neuen Weg einzuschlagen. Es ist doch nicht gut anzunehmen, daß es eine reine Gefälligkeit ist, damit die Hefelosele erzwungen bleiben. Oder will der Herr Bezirksdirektor schon jetzt beweisen, daß trotz der entgegengesetzten öffentlichen geäußerten Meinung des neugewählten Oberbürgermeisters Dr. v. Jensen nur „Er“ auch in Zukunft die Versammlungen weiter verbietet? Oder aber dachte der Herr Bezirksdirektor, so kurz vor den Landtagswahlen, wo er selbst in einem Kreise mit in Frage kommt, ist es besser, der Abg. „Schankwirt“ Baudert kommt überhaupt nicht nach Eisenach, damit derselbe nicht etwa gar gegen die Kandidatur seines Landtagskollegen, den Herrn Bezirksdirektor agitiert?

Im letzteren Falle werden unsere Eisenacher Parteigenossen schon schnell und ihre volle Stärke der Opposition folgen. Im allgemeinen zeigt aber dieses neueste Schick der weimarschen Reaktion, daß der Herr Bezirksdirektor in Eisenach an den socialdemokratischen Landtags-Wahlresultaten im Nachbarlandchen Gotha nichts gelernt hat. —

Zu obigen Versammlungsverbot in Eisenach wird noch die bemerkenswerte Thatsache bekannt, daß sich der dortige Bürgermeister Wöhrler weigerte, auf das Ersuchen des Bezirksdirektors die Versammlung zu verbieten, da er der Ueberzeugung sein mußte, daß durch eine solche Versammlung die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ in Eisenach nicht im mindesten gefährdet ist, und daß auch aus „Gründen des öffentlichen Wohls“ ein Versammlungsverbot nicht zu rechtfertigen und zu begründen wäre. Nach dem ablehnenden Verhalten des Bürgermeisters hat darauf der Bezirksdirektor Dr. Eudon unter Einsetzung seiner Autorität als vorgesetzte Verwaltungsbehörde, das Versammlungsverbot selbst verfügt, und dem Bürgermeister eine entsprechende Anweisung erteilt.

Und das soll das nach „allen liberalen Traditionen“ registrierte Land sein!

Zum Ausfall der Bezirkstagswahlen in Elbich-Lothringen schreibt man uns aus Straßburg vom 1. Oktober:

Die Einzelresultate der gestern stattgehabten teilsweisen Erneuerungswahlen zu den drei Bezirkstagen (conseils généraux) des Landes sind, soweit dabei die socialdemokratische Partei beteiligt war, bereits kurz mitgeteilt worden. In den beiden diesmal zur Wahl stehenden Kantonen der Landeshauptstadt Straßburg, die insgesamt vier Bezirkstagsmandate zu wählen hat, sowie im Kanton Mülhausen-Süd war unsere Partei unter Entfaltung einer regen Agitation in die Wahl eingetreten, und auch in dem rein ländlichen Kanton Walsdorf in der Person des Privatlehrers E. C. eine Kandidatur aufgestellt. Die Ergebnisse in den drei ersten Bezirken sind, wenn auch ein durchschlagender Erfolg diesmal noch nicht zu erzielen war, für unsere Partei dennoch als befriedigend zu bezeichnen. Das trifft vor allem zu für den Mülhäuser Kanton, wo man nach dem Ausfall der jüngsten Reichstags-Erwahl vom 8. Juli dieses Jahres auf das Ergebnis der gestrigen Abstimmung mit Recht gespannt war. Obwohl unsere Partei hier mit dem erstmaligen Eingreifen in den Wahlkampf ein ihr in Mülhausen bisher ungewohntes politisches Gebiet betrat, und ungeachtet der Thatsache, daß auch jetzt wieder die sämtlichen bürgerlichen Parteien sich auf eine gemeinsame Kandidatur, die des agrarisch-kerischen Bürgermeisters Rust von Heimbrenn, des langjährigen Bezirkstags-Abgeordneten, geeinigt hatten, errangen wir doch infolgedessen einen Wahlerfolg, als unser Kandidat, Gastwirt Rühlbauer in Mülhausen, 2155 gegen 1888 gegnerische Stimmen auf sich vereinigte. Wie um die Wahl Schlumbergers, so hat sich auch um diejenige Rusts der Herr Rühlbauer besonders verdient gemacht, und, wie damals, so folgte auch jetzt einander dem gemeinsamen Troch des Ordnungsmißmaßes seinen Kommando. In Anbetracht der großen Zahl ländlicher Wähler in dem Bezirke ist unser Erfolg umso beachtenswerter. Auf alle Fälle haben unsere Mülhäuser Parteigenossen damit gezeigt, daß die Niederlage des 5. Juli ihren Platz nicht gebrochen, sie im Gegenteil zu neuer Thätigkeit angeporn hat. Der Anfang zur Ausweitung der Partei und zur Befreiung der alten Mißstände ist gemacht; an dem Erfolge wird es bei ausdauernder Arbeit nicht fehlen.

Im Kanton Straßburg-West, wo wir ebenfalls zum erstenmal selbständig in die Wahl eintraten, erzielte unser Genosse Geschäftsführer Hoffmann 821 Stimmen gegen 2801, die auf den bisherigen Vertreter, den Bürgermeister der Stadt, Unterstaatssekretär a. D. Bad, entfielen.

Straßburg-Nord brachte diesmal 855 Stimmen für den socialistischen Bewerber, Schriftführer Veitotes, gegen 753 im Jahre 1896. Die ordnungsparteiliche Vereinigung hielt hier mit 2099 Stimmen, während früher insgesamt 2228 Stimmen auf bürgerliche Kandidaten abgegeben worden waren. Der Fortschritt der Socialdemokratie ist in diesem Bezirk, dem einzigen, in dem ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Wahlen möglich ist, also unverkennbar und gewinnt noch an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß durch die inzwischen durchgeführte Wahlrechtsveränderung, niedrig geschätzt, ein Viertel der Arbeiterschaft ihres wichtigsten Bürgerrechts beraubt worden ist.

Von hohem politischem Interesse ist der Bankrott der kerikonal-nationalistischen Opposition der Wetterlé-Freie in Colmar. Obwohl sie diesmal einen kerischen Bewerber von altdemokratischer Herkunft präsentiert hatten, gelang es dem freisinnigen Rechtsanwalt Plumenthal dennoch, sie mit 2025 gegen 1609 Stimmen zu schlagen.

Eine ähnliche erfreuliche Erscheinung trat auch in dem lothringischen Kanton Diedenhofen zu Tage, wo es galt, den kerischen „Alt-Lothringer“ Duchartel durch den fortschrittlichen Rechtsanwalt Haas, einen Eingewanderten, zu verdrängen. Mit nur 200 Stimmen Mehrheit — 1600 gegen 1400 — vermochte der erstere das Feld nochmals zu behaupten, während er noch bei der vorhergegangenen Wahl ohne Gegenkandidaten geblieben war. Auch in diesem Kreise traten unsere Parteigenossen zu Gunsten des liberalen Kandidaten ein.

Im großen und ganzen ist auch durch die gestrigen Wahlen an der politischen Physiognomie unseres Bezirkes wenig geändert worden. Es ist eben nicht gerade leicht, in die durch langjährige politische Entrechtung und Unterdrückung einer gewissen Trägheit verfallenen Wählermassen des Landes Leben und Bewegung zu bringen. Immerhin hat die Klärung der Parteiverhältnisse — nicht zum mindesten infolge des Eingreifens der Socialdemokratie in den Wahlkampf — auch bei den diesmaligen Wahlen wieder einen Schritt nach vorwärts gemacht.

Und das verdient unter Verhältnissen, wie sie in Elbich-Lothringen bestehen, auch schon als ein Gewinn bezeichnet zu werden. —

Ausland.

England.

Die Wahlergebnisse werden nur langsam bekannt. Für das Unterhaus sind bis jetzt 132 Mitglieder gewählt. Nach der „Nation“, sind dies 94 konservative, 16 liberale, 11 Unionisten, 14 Liberale und 8 irische Nationalisten. Im ministeriellen Lager herrscht Gemüthsruhe über den bisherigen Verlauf der Wahlen, da der vorhergeplante stürmische Siegeslauf der Liberalen nicht eingetreten ist. Die letzteren düstern gestern vielmehr

zwei Siege ein, während sie nur einen gewonnen; auch mißlang ihr Angriff auf den Doppelsitz Westham, den die Unionisten mit verbesserter Mehrheit behaupteten. —

London, 2. Oktober. Bis heute nachmittags 3 Uhr waren gewählt: 144 Ministerielle, 16 Liberale und 13 Nationalisten. Die Ministeriellen haben 9 Siege, die Liberalen einen Sieg gewonnen. Unter den heute Gewählten befindet sich der Staatssekretär des Innern Ridley, dem kein Kandidat gegenüber gestanden hatte. —

Griechenland.

Prinz Georg von Griechenland hat sich nach Rußland begeben, um den Jaren für seine Pläne bezüglich Aetias günstig zu stimmen. —

Afrika.

Vom Boerenkrieg liegen nur spärliche Meldungen vor. Am Sonnabendabend griffen die Boeren ein englisches Bataillon an. Sie kamen von Kapstadt her. Ein englischer Soldat wurde getötet, einer verwundet. Ein Boer, welcher gefangen genommen wurde, trug die vollständige Uniform der Reiter-Verbände. Es verlautet, die Boeren hätten zwanzig farbige Eingeborene in der Nachbarschaft von Lindley erschossen. Die eingeborene farbige Bevölkerung sei dadurch in großen Schrecken versetzt.

Es ist eine Bekanntmachung erlassen, in welcher jedem Boeren, welcher in englischer Uniform betroffen wird, mit Erschießung gedroht wird.

Lisbon a. M., 2. Oktober. Die „Lisbon. Ztg.“ meldet aus Oporto, daß laut Privatdepeschen bereits über 8000 Boerenkrieger die Grenze überschritten und von den portugiesischen Truppen ohne Widerstand überworfen wurden; die Waffen und der Schießbedarf wurden von den portugiesischen Behörden nach Mozambique in Verwahrung gebracht. Rummehr bestimmte indessen die Lissaboner Regierung, daß alle Boeren, die nicht per Schiff ins Ausland weiterziehen wollten, nur an gewissen zu bezeichnenden Stellen sich auf portugiesischem Gebiet ansiedeln dürfen.

Argentinien.

Großmachtsgefälle. Die „Times“ melden aus Buenos Aires vom Montag nach dem Blatt „El Pais“, daß die Regierung beschlossen habe, vom Kongreß eine bedeutende Erhöhung der Kredite zu verlangen, welche dem Kriegsministerium in dem Budget des nächsten Jahres zugewiesen werden sollen. —

National-socialer Vertretertag.

Leipzig, 1. Oktober.

Heute haben die eigentlichen Verhandlungen begonnen. Harrer Raumann eröffnet dieselben, indem er auf den Ernst der politischen Lage hinweist und sein Bedauern darüber ausdrückt, daß der deutsche Reichstag noch nicht einberufen sei. Während das Bürgerthum sich im Zeichen der politischen Erschlaffung befindet, scheint die Socialdemokratie dem christlichen Feinde mehr Sympathie entgegen zu bringen, als den eigenen Kampfern. Heute zeige es sich, daß der Kaiser ein Recht hatte, mehr Schiffe zu verlangen. Die Juditbauvorlage sei gefallen, die Kanalvorlage sieht noch hoffentlich, könne auch auf eine Wiederherstellung des sächsischen Landtags-Wahlrechts gerechnet werden. Der Redner bringt sodann auf den deutschen Kaiser und den König von Sachsen ein Hoch aus.

Als Vorkyndende werden hierauf gewählt Professor Dr. Gregorh-Leipzig, Lithograph Tischendorf in Berlin und Schulmachersmeister Leineberger in Frankfurt a. M., zu Schriftführern Gymnasial-Oberlehrer Dr. Apelt in Greiz und Graveur Schaal in Berlin.

Der Jahresbericht erstattet der Parteisekretär Wend. Die Verlegung des Parteivorstands von Leipzig nach Berlin sei aus taktischen Gründen erfolgt. Etwas über dreißig Mitglieder, fast durchwegs Theologen, haben ihren Austritt erklärt, dem stehen aber etwa 500 Eintritte gegenüber. Finanziell sei ein Ueberflus vorhanden, der durch die Veröffentlichung eines die Beitragszahlung betreffenden vertrauten Rundschreibens, durch den „Vorwärts“ zum Teil gefordert sei.

Bei politischen wie bei kommunalen Wahlen müsse möglichst jede Verpösterung vermieden werden, desgleichen sei für mögliche Verbreitung der vier Partei-Organen Sorge zu tragen.

Der Bericht der Kontrollkommission, den Dr. Scheben in Dresden erstattet, weist eine Einnahme an ordentlichen Beiträgen von 5682 M. und eine solche an außerordentlichen Beiträgen von 4657 M. auf. Hierbei wird besonders auf das große Mißverhältnis aufmerksam gemacht und zu einer besseren Entrichtung der ordentlichen Beiträge aufgefordert.

Buchhändler Haupt in Leipzig giebt den Bericht der Kommission für Wohnungssreform. Er ist der Meinung, daß sich die Mieter ähnlich den Hausbesitzern organisieren müssen, um den nöthigen Einfluß zu erlangen. Die Wohnungsfrage sei in den Vordergrund der national-socialen Agitation zu stellen. Eine Veränderung der wahlrechtlichen Gemeindefestsetzung, insbesondere des Gemeinde-Wahlkreises sei notwendig, um die Mieter nicht gänzlich der Uebermacht der Vermieter zu überliefern. Der Redner wendet sich gegen die Spekulation und tritt für Unterbindung der Baugenossenschaften ein. Eine Debatte hierüber wird nicht gewünscht, es wird sogleich in den nächsten Punkt: Anträge zur Organisation, eingetreten, der nach einer unfruchtbaren Debatte durch die Mittagspause unterbrochen wird.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung unterbreitet Damaschke-Verlin folgende Resolution: Die 5. national-socialer Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Auslegung des Wortes **Bardeu** nicht gegeben, lediglich eine Privatmeinung der Redaktion der „Hilfe“ ist, für die die National-Socialen als solche nicht die Verantwortung zu tragen haben. In der Begründung führt der Redner aus, daß die Resolution in Wirklichkeit nichts zur Sache sagt. Die „Hilfe“ habe aber in dieser Frage nicht die Zustimmung der weiteren Kreise der Partei-Angehörigen, denn dieses Wort als Grundlag aufgestellt, sei eine nationale Gefahr. Er könne sich sehr gut in die Situation versetzen, wo Bardeu nicht gegeben werden kann. Dann dürfe aber kein General-Appeal ausgegeben werden, sondern die Verantwortung für solche Ausnahmen haben die Offiziere zu tragen.

Erdmannsdorfer-Markburg meint, daß an die Stelle großer Thaten Fruchthastigkeit und Keuherlichkeit getreten seien. Die Deutschen haben die Ernennung Walderssee zum Oberbefehlshaber wie Parvenis aufgenommen, sie hätte aber den Deutschen als etwas Selbstverständliches erscheinen müssen. Die langen Ausführungen des Redners sind äußerst unklar; teilweise eine Beurteilung der China-Politik, sind sie zugleich die Verherrlichung des gegenwärtigen Systems.

Scheffer-Leipzig wirft Damaschke vor, daß er den Kaiser geschulmeister habe. Der Kaiser, der schon vor Jahren vor dem Osten gewarnt habe, kennt die auswärtige Politik, weil er Kaiser ist, und hat seine Ansichten durch die Thatsache bestätigt gefunden. Es giebt in Deutschland nur zwei Männer, die von der verantwortlichen Politik unterrichtet sind, das ist der Kaiser und der verantwortliche Minister. Der Gang der Geschichte neige sich nicht den menschlichen Gefühlen, sondern der historischen Weltanschauung zu. Man möge sich hüten, vor dieser Politik zurückzutreten, weil sie möglicherweise den Weltmarkt unterbindet. Der Kaiser schickt sich an, das Amt eines Schirmherrn aller Welt zu übernehmen, er ist ein Führer des Abendlands.

Harrer Raumann beginnt nunmehr sein Referat über den politischen Jahresbericht unter Veranschaulichung der vorausgegangenen Debatte. Er wendet sich gegen die Resolution Damaschkes, die formell insofern anerkannt werden könnte, als die Haltung der „Hilfe“ in dieser Frage eine Privatmeinung ist. Das rein menschliche Gefühl sei das, welches noch nicht durch komplizierte, moderne Auffassungen hindern gegangen ist und dem läme der Standpunkt des Kaisers näher, als alle modernen civilisierten Auffassungen. Die Frage sei geschichtlicher Erwägung unterworfen, sie bedeute aber keinen Appell an

unmittelbare menschliche Empfindungen. Keine Gefangenen zu machen, habe doch den Vorteil, daß sich die Deutschen nicht wieder in eine ähnliche Lage wie 1870 begeben, wo sie zahlreiche Gefangene unterhalten mußten. Er habe sich die Frage vorgelegt, ob die Keuperung des Kaisers im Moment der Aufregung geübt sei oder ob sie die politische Stimmung wiederhergestellt und sei zu der Auffassung gekommen, daß Graf Walow dahinter stehe. Es handele sich doch darum, ob Kriege nach der alten oder nach der neuen Methode geführt werden sollen. Die ganze deutsche Presse, hauptsächlich die liberale und sozialdemokratische Zeitungswelt habe sich dieser Rede gegenüber so unendlich kleinlich und schwächlich benommen, daß ein Ton, wie er (Medner) ihn angeschlagen habe, wohl am Platze war. Man möge einen Temperamentsfehler als politischen Vorzug gelten lassen.

Auf den eigentlichen Jahresbericht eingehend, kommt der Redner auf die Agitation gegen die Zucht aus vorläufige zu sprechen und unterzieht hierbei, sowie auch bei Erwähnung der lox Heine die Haltung des Centrums einer kritischen Betrachtung. An die Stelle des Bundesrats und des Reichstags sei überall das persönliche Regiment und die Macht des Centrums getreten. Dasselbe zeigt sich jetzt wieder im Hinblick auf die Getreidezölle. Von dem Tage, wo sich das Centrum auf dem Reichstagsgebäude in Bonn schloß, wird man mit einer rücksichtslosen Hochschulzählerei zu rechnen haben. Im vorigen Winter haben die National-Sozialisten die Agitation unter der Parole: mehr Schiffe, betrieben, in diesem Winter wird die Parole sein: billiges Brot. Das Centrum ist in der Mehrheit agrarisch, in seinen Reihen befinden sich die entschiedensten Gegner der deutschen Arbeiterklasse. Die jetzige Situation wirkt ermutigend auf die bürgerlichen Kreise, sie beeinflusst aber auch die Sozialdemokratie insofern, als es derselben nicht möglich ist, dem Volke ein Mitbestimmungsrecht zu erringen. Nach dieser Richtung hin ist die Sozialdemokratie eher zurückgegangen. Man führt nach Paris und regelt dort die französischen Streitigkeiten und überblickt dabei, daß die Regelung in Deutschland viel notwendiger wäre. Der Sozialdemokratie vermag das Denken, sobald der moderne Staatsbetrieb dem altväterlichen Staatsbetrieb gegenübergestellt wird. Und das geschieht in einer Partei, die sonst wie keine andere die moderne wirtschaftliche Entwicklung theoretisch erforscht hat. Man muß sich die täglichen Soldatereien eingens auf dem Platz der Partei betrachten, um zu begreifen, daß diese Partei noch lange nicht im Stande ist, geschichtliche Politik zu betreiben. Wir brauchen eine Volksgemeinschaft, die national und sozial zugleich ist. Das Jahr war nicht leicht für eine Partei, die sich nur auf Agitation beschränken konnte. Der Weg unserer jetzigen Weltpolitik mag ein Weg am Abhang sein, aber der Weg ist und durch geschichtliche Entwicklungen aufgedungen und wir gehen auf ihm mit. Wir können aber nicht mit der Sozialdemokratie gehen, weil sie in dieser gefährlichen Situation nur Steine in den Weg werfen will. Die Lohnkämpfe sind von unserer Seite einwandfrei verfolgt worden. Unre weitere Arbeit ist die, den Arbeiter patriotisch zu erziehen und den bürgerlichen Kreisen neuen Gedanken beizubringen.

Prof. Traub läßt sich in längerer Rede über den ethischen und theologischen Standpunkt in der Partei aus und ersucht, die Resolution Damascus abzuschließen.

Prof. Schmitt schließt sich dem letzteren an. Wenn die Verurteilung des Kaisers kriegsgeschichtlich richtig war, so war auch der Standpunkt Raumanns richtig. Krieg und Staat gehören zusammen. Ist nun der Staat vom christlichen Standpunkt aus aufrecht zu erhalten, so muß das auch auf den Krieg zutreffen. Das ganze Staatswesen ist nicht angewandte Ethik und kann es nicht sein. Den Krieg nach humanen und zivilisierten Grundsätzen zu führen, ist ein Un Ding, der Krieg ist etwas Schreckliches und doch muß er sein.

Redacteur v. Gerlach: Raumann habe sich mit seiner Schreibe welle ein größeres Verdienst erworben als der Kaiser selbst. Politisch sei das Wort des Kaisers bedauerlich, weil von gewisser Seite schon darauf gewartet worden ist, um darüber herzufallen, moralisch ist es unbedingt gerechtfertigt, daß Aufständigen kein Pardon gegeben wird. Wir Deutschen sind viel zu weislich. Raumann hat als Erzieher gewirkt und dafür kann man ihm dankbar sein!

Prof. Traub spricht sich noch gegen die Resolution Damascus aus. Er spricht sich gegen die Resolution Damascus plädiert im Schlusswort nochmals für Annahme. Da aber auf Annahme noch der vorhandenen Stimmung nicht zu rechnen ist, geht er auf Veranlassung des Vorsitzenden die Resolution zurück und bringt dafür die folgende Resolution ein: Da es in der national-sozialen Bewegung selbstverständlich ist, daß allein Parteitagsschlußbindend sind, erklärt die Versammlung keine Veranlassung zu haben, über die Auslösung der „Hilfe“ zu dem Worte: Pardon nicht gegeben, ihrerseits Stellung zu nehmen. Diese Resolution wird einstimmig angenommen. Ein Antrag, der die Nicht-einberufung des Reichstags kritisiert und ein weiterer Antrag, der sich gegen das Verhalten der Sozialdemokratie richtet, werden zurückgezogen. Nach einem Schlusswort Raumanns wird der erste Verhandlungstag abends 7 Uhr geschlossen.

Der zweite französische Parteitag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Abendigung.

Bracke (Guesdift) verliest den Bericht der Kontrollkommission: Die Aufgabe der Kommission war, die Presse, die Erwählten, die Kandidaten und alle Genossen zu kontrollieren. Außerdem redigierte sie Resolutionsentwürfe.

Zu Bezug auf die Erwählten konstatiert der Bericht einzelne Fälle, wo die Betroffenen wegen ihres Votums in der Kammer um Aufklärungen ersucht wurden, die je nachdem für befriedigend gefunden oder mit Gegenbemerkungen der Kommission dem Generalkomitee zur Beschlußfassung vorgelegt wurden. Drei Deputierte haben in einem Fall der Vorladung der Kommission keine Folge gegeben.

Sodann wurde beschlossen, die Abstimmungen der Abgeordneten in der sozialistischen Presse zu veröffentlichen. Da diese trotz einer zweifachen Aufforderung die Abstimmungslisten nicht veröffentlichte, so beschloß das Komitee, die Veröffentlichung von sich aus zu besorgen.

Die Einheitslichkeit des Votums der Deputierten wurde sehr selten erlangt, selbst in Fragen, wo alle Sozialisten ohne weiteres hätten einig sein müssen. Der Bericht erinnert an die Abstimmung in den Interpellationen über Martinique und Chalons, dann wurde das Budget von 15 Sozialisten (unter 40) bewilligt; für die Schaffung einer Kolonialarmee stimmten 13 Sozialisten, für die China-Kredite 4 u. a. m.

Bezüglich der Presse beschränkte sich die Kontrolle darauf, angelegentlich verschiedener Beschwerden über Parteilität in der Aufnahme von Berichten und über polemische Angriffe, die Zeitungen auf die Beschlüsse des Einigungskongresses aufmerksam zu machen. Nur in einem Fall griff die Kommission aktiv ein: Clovis Hugues hatte in einer Bourgeoiszeitung die Niederlage der sozialistischen Gemeindevahlweise in Grenoble, die gegen eine bourgeoise Konzentrationsliste aufgestellt war, als einen sozialistischen Sieg gefeiert. Auf Einladung der Kommission hin erklärte Genosse Hugues in einem öffentlichen Briefe, einen Irrtum begangen zu haben.

Weiter spricht der Bericht von Beschwerden über einzelne Genossen, von der Schlichtung der Gemeindevahl-Konflikte in Joch und Calais, in welchem letzteren Stadt die guesdiftische Winderheit den Komiteebeschluß den Gehorsam verweigert hat, worauf der mit bourgeoiser Hilfe gewählte Guesdift Delcluze vom Komitee als nicht sozialistischer Vertreter erklärt wurde, das weitere der guesdiftischen Koordination überlassend.

Nun Schluß verlangt der Bericht eine Verstärkung der Kontrolle (Redakteur Besfall links).

Audrioux, Vertreter der Gewerkschaften im Generalkomitee, der sich zu den Guesdiftisten geschlagen hat, verliest den Bericht der Propaganda-Kommission unter steigender Unruhe. Der Bericht ist polemisch zugespitzt:

Die Deputierten haben lange Umstände gemacht, ehe ihre Mitwirkung an der Propaganda und die Feststellung der Reihenfolge

der Agitationsredner zu stande kam. Dann haben sie in der Mehrheit und am häufigsten den Austrägen der Kommission keine Folge gegeben.

Stimmliche Anträge veranlaßt der Schlusspaß, wo davon gesprochen wird, die sozialistische Partei möge „die kompromittierenden und gefährlichen Nachbarkräfte loswerden“. Die Rechte erhebt sich und ruft nach links: Nationalisten! Rochefort! Drumont! Vas-ca-got! Vas-ca-got! (Rocheforts Schimpfname) u. s. f. Audrioux verliest die Liste der Kommissionsmitglieder und die Zahl der von ihnen nicht besuchten Sitzungen sowie die Leistungen der Parteiredner und ihre Weigerungen, sich an der Agitation zu beteiligen. Bei jedem Namen wiederholen sich Weisfallszeichen, Proteste, Hohnrufe u. je nachdem bald links, bald rechts.

Groussier (Alliance) protestiert gegen die Anwesenheit des Abg. Basly als eines Delegierten, da Basly der sozialistischen Kammerfraktion nicht angehört.

Basly antwortet, er sei Sozialist. Beweis: die von ihm auf dem Bergarbeiter-Kongress von Denain vorgelegene und einstimmig votierte Resolution betreffend Bergesellschaftungen der Kohlengruben und Bergwerke. (Gelächter links). Uebrigens sei er hier Delegierter der Bergarbeiter-Gewerkschaft des Bas-de-Calais.

Man beginnt die Debatte über die verlesenen Berichte.

Protest, Pariser Gemeinderatsmitglied (Groussier): Die Propaganda-Kommission hat niemals sich an die Gemeinderats-Fraktion gewendet. In ihrem Bericht steht kein Wort über diese Fraktion. (Rechts Weisfall rechts).

Audrioux, Berichterstatter, giebt unzureichende Erklärungen. Im wesentlichen beruht er sich darauf, daß die Gemeinderatsmitglieder im Gegensatz zu den Deputierten nicht unentgeltlich reisen könnten. (Unterbrechungen und Lärm). Ferner befreit er den „groben Ton“ der Briefe seiner Kommission an die Deputierten, über welchen Rouanet sich beklagt hat.

Vrand spricht namens der Minorität des Generalkomitees, fortwährend von Protesten der Linken und von Verfall der Rechten unterbrochen (nur die drastischsten Unterbrechungen sind hier angeführt): Eigentlich gab es im Komitee keine geschlossene Minorität. Diese hat oft mit der Majorität gestimmt, sobald es sich um grundsätzliche Fragen handelte. Aber ihre Auffassung von der Rolle des Komitees war eine andere als die der Majorität. Nach ihrer Auffassung sollte das Komitee gemäß den Beschlüssen des Einigungskongresses vor allem die unter so großen Schwierigkeiten zu stande gekommene Einigung aufrechterhalten und fördern. Das Kontrollrecht des Komitees durfte nicht in einer die Union gefährdenden Weise ausgeübt werden. Die Prinzipien, in deren Namen kontrolliert wurde, brauchten nicht wie ein Loslöcher gehandhabt zu werden. Das Werk der Propaganda und der Aktion hätte die Hauptaufgabe, das Kontroll- und Verdammungswort eine Ausnahme sein sollen. Ihr (on die Linke gewendet) habt dagegen das Umgekehrte gethan. Wir haben vergebens vorgeschlagen, die Propaganda methodisch in ganz Frankreich zu organisieren und zu diesem Zweck in den einzelnen Regionen Verhandlungs-Ausschüsse aus allen Richtungen zu organisieren. Die Antwort auf unseren Vorschlag war: es giebt Sonderorganisationen. Die Maßnahmen auf die Sonderinteressen gingen also dem Einigungsgebot voran. Die Einigung verläßt sich zwar trotzdem durch die Macht der Verhältnisse, aber jeder Widerstand verlangsamt den Einigungsprozess. Dies die Wurzel des Übels im verflochtenen Jahre. Im Generalkomitee überwiegen stets die Sonderrichtungen. Auch ich war nicht immer davon frei. Und dann dieses Bestreben, die Kammer von der Unfreiheit zu befreien, das alle Debatten vergiftete und lähmte. Beispiel: die ungeheuren Injektionen wegen der Arbeiterschul-Novelle Millierands (Rechnungsgesetz), die als ein „mörderisches“ Werk u. hingestellt wurde. („Jawohl! das ist sie!“ links.) Diese Beschimpfungen, die wie Pfeilspitzen niederstürzten, zeigten, daß Ihr uns als Feinde betrachtet.

Die Debatte über Millierands Schutzes war die einzige grundsätzliche Debatte des Komitees. Sonst war das Komitee eine „Brandmarke-Maschine“, in jeder Sitzung beriet man über ein Tadelvotum gegen diese oder jene Zeitung, gegen diese oder jene Genossen.

Wir haben vergebens eine Einmischung des Komitees in den Gemeindevahlkampf verlangt. Das in Verbindung mit so eifrige Komitee zeigte sich diesmal lau. (Lebhafte Weisfall rechts. Zwischenrufe und Tumult links. Der Tumult wird, wie fast immer, allgemein. Vallant steigt auf die Bank, um die Linke zur Ruhe aufzufordern.) Ebenso haben wir vergebens vorgeschlagen, das Komitee möchte die Initiative zu einer antinationalistischen Strobenkündigung ergreifen, und das zu einer Zeit, da die Nationalisten auf der Straße jeden Genossen durchprügeln, der es wagte, „hoch die Sociale!“ zu rufen. Man wollte angestrebt jede Geste vermeiden, die ministerfeindlich gedeutet werden konnte. Ihr seid hyphenmäßig antiministeriell, das Proletariat aber ist weder ministeriell noch antiministeriell. (Guruse der Guesdiftisten: „Jesuit!“) Ich war auf alle Beleidigungen gefaßt, nur nicht darauf, daß die Mitglieder der französischen Arbeiterpartei an unsere Adresse das Schimpfwort „Jesuit“ richteten. (Demonstrativer Weisfall und Guruse rechts.) Wir sind überzeugt, daß die Situation von Anfang an durch systematische Sympathien und Antipathien gegenüber dem Ministerium gefährdet wurde. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Selbst Ihr doch selbst vielfach gezwungen gewesen, ministeriell zu sein. Weisfall rechts, Proteste und Lärm links. Allgemeiner Tumult, der minutenlang dauert. Redner kann nicht schliessen. Inzwischen ist es Witternacht geworden. Das elektrische Licht geht nach und nach aus.)

Die Sitzung muß geschlossen werden. Nächste Sitzung 9 Uhr vormittags.

Die Internationale.

Der vor einigen Tagen in Paris beendete internationale Kongress wird von der bürgerlichen Presse eifrig kommentiert. Abgesehen von den Scharfmacherorganen, lassen die meisten Blätter dem Kongress volle Würdigung angedeihen. Ein demokratisches Blatt bemerkt, daß er viel wichtiger gewesen sei, als die Hunderte von Kongressen, die im Laufe der letzten Monate in Paris abgehalten worden seien; ein anderes, daß der letzte Kongress durch die auf demselben gefassten Beschlüsse die vorausgegangenen an Wichtigkeit weit übertrage.

Die ausländische Parteipresse, soweit sie bisher dem Kongress Betrachtungen gewidmet hat, hält mit uns die zwei Beschlüsse: Errichtung eines internationalen Sekretariats und die Festlegung der sozialistischen Taktik für die wichtigsten.

In der „Petite Republique“ weist Paul Brouffe die Vorwürfe der Alerikalen zurück, die sich beileben, die Sozialisten wegen ihrer Beschlüsse der Vaterlandslosigkeit zu zeihen. Gerade die Alerikalen seien am allerwenigsten berechtigt, derartige Verleumdungen auszusprechen. Wenn sie seien ja ganz offiziell international organisiert mit einem anerkannten Chef an der Spitze, dem Papst.

Ueber die Zusammensetzung des internationalen Komitees sagt Brouffe:

„Die Delegierten bezw. die Mitglieder dieses Komitees müssen für gewöhnlich in ihren respektiven Ländern wohnen und es muß bestimmt werden, daß sie sich nicht durch Parteigenossen vertreten lassen dürfen, die an dem Sitz des internationalen Komitees ihren Wohnort haben. Ehemals (zur Zeit der alten Internationale) geschah es so, daß sich die Nationen durch verbannte oder nicht verbannte Mitglieder in London vertreten ließen. Das Resultat ist, daß ein solcher Rat dann nicht genügend eingeweiht ist in die Verhältnisse der einzelnen Länder und das Organ der Gesamtheit, das der Einigung dienen soll, wird leicht zu einem Werkzeug der Uneinigkeit.“

Der Brüsseler „Peuple“ bezeichnet das Werk, das aus den leidenschaftlichen Debatten hervorgegangen, als ein schönes und starkes, dessen Größe und Wert für die Emancipation der Arbeit erst später völlig in die Erscheinung treten werde.

„Neben oberflächliche Geister in den tumultuarischen Szenen der ersten Sitzungen ein Symptom des Niedergangs finden, mögen unsere Gegner darin eine willkommene Gelegenheit für ihre Ver-

leumdungen entdecken — das hat wenig zu sagen. Vessagen wie ihre Kurzsichtigkeit und heften wir unsere Augen fest und klar auf die Errungenschaften des fünften internationalen Kongresses.

Vor allem, ist es denn nichts, zirla eintausend Delegierte zusammenzubringen, hergeschickt von allen zivilisierten Ländern und Vertreter von Millionen der arbeitenden und leidenden Menschheit? Bedeutet es etwa nichts, alle diese Männer von verschiedener Klasse und Temperament zu gleichem Denken und Handeln zu einigen?

Man zeige uns doch die Partei, die es vermöchte, in Beziehung auf den ökonomischen Aufbau der Gesellschaft, die politische Aktion, die Kolonisation, den Militarismus, die soziale Gesetzgebung, die Organisation der Arbeiterklasse, klar formulierte Uebereinkommen zu finden und eine für alle gültige Richtschnur aufzustellen? Wer das könnte, wäre würdig, und die Eroberung der Welt streitig zu machen. Denn diese hat man vorbereitet, nicht bloß, indem man das Band zwischen den Sozialisten aller Länder noch enger knüpfte, sondern indem man ein Organ schuf für die internationale Verständigung: die Internationale ist wieder entstanden.

Das permanente Komitee, zusammengesetzt aus den besten Mitarbeitern jeder Nation, wird dazu beitragen, die Kraft und die Aktionsfähigkeit des internationalen Sekretariats zu erhöhen. Jedemal, wenn eine große Frage ökonomischer oder politischer Natur unter den zivilisierten Völkern zu lösen ist, wird das internationale Sekretariat sich zu majestätischer Einheit zusammenschließen und um seine Rechte kämpfen.“

Der „Peuple“ spricht im weiteren sein Einverständnis aus mit der Art, wie die Frage der Bündnisse mit bürgerlichen Parteien ihre Erledigung gefunden hat. Ebenfalls einverstanden ist er damit, daß der Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium unter gewissen Voraussetzungen ermöglicht sein soll.

Das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie, der „Avanti“ sagt, der Kongress sei ein denkwürdiger Tag in der Geschichte des internationalen Proletariats. Zwei Thatsachen von immenser Bedeutung habe er gezeitigt, die neue sozialistische Taktik, die für die verschiedenen politischen Situationen größere Bewegungsfreiheit lasse. Zweitens hat der Kongress eine internationale Organisation geschaffen, nicht mehr bloß ideal, sondern sie ist zur greifbaren Wirklichkeit geworden.

Partei-Angelegenheiten.

In die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden ist als Redacteur für den wissenschaftlichen und künstlerischen Teil der Zeitung Dr. Morgenthern eingetreten, der bisher in der „Leipziger Volkszeitung“ thätig war.

Landtags-Wahl in Koburg. Die Wahlen im Herzogtum Koburg sind nahezu erledigt. Die Sozialdemokratie hat hier weniger Erfolg gehabt als in Gotha, wir können vielleicht einen Kreis gewinnen; aber auch der ist nicht sicher.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vor dem Schöffengericht in Grünberg i. Schl. stand dieser Tage Genosse Stolpe. Stolpe hatte mit Absicht, gestiftet auf ein Erkenntnis des Kammergerichts, die Delegierten des Gewerkschaftslokals als Mitglieder desselben bei der Polizeibehörde weber an noch abgemeldet. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Ein Gewerkschaftslokalt sei eine Vereinigung von Korporationen und nicht eine Vereinigung physischer Personen. Deshalb sei eine Anmeldepflicht nicht vorhanden.

36te Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Berbands.

Mainz, den 29. September.

Die Beschwerdekommision erstattet zunächst Bericht über ihre Erhebungen betr. der ihr überwiesenen Angelegenheiten. Danach war die Kommission während der kurzen Zeit, die ihr zur Verfügung stand, nicht in der Lage, genügend Aufklärung zu schaffen. Im Interesse der beteiligten Kollegen, als auch im Interesse des Verbands, sei es deshalb geboten, die Angelegenheit dem zu wählenden Vorstand zur Untersuchung zu überweisen, um seiner Partei unrecht zu thun. Der Antrag der Beschwerdekommision wird hierauf einstimmig angenommen.

Alsdann wird die Diskussion betreffs Aufhebung der Vorort-Kommissionen fortgesetzt. Beschlossen wird, diese Kommissionen bestehen zu lassen, und der Vorstand beauftragt, ein Regulative ausgearbeitet, wie die Vorortkommissionen zu arbeiten haben. Die Mandatsprüfungskommission hat ein neues Wahlreglement ausgearbeitet, welchem jedoch nach kurzer Beratung die Zustimmung verweigert wird, und bleibt es bei dem jetzigen Wahlreglement.

Eingegangen ist folgende Resolution: „In Erwägung, daß alle Mittel, die eine Verbesserung unserer Lage versprechen, zur Anwendung gebracht werden müssen, und die Arbeiter in neuerer Zeit die Idee der Organisation des Konsums immer mehr zur praktischen Durchführung bringen, liegt es im Interesse der Arbeiterklasse im allgemeinen und im besonderen Interesse derjenigen Gewerke, die solche Verbrauchartikel produzieren, bei welchen der Arbeiter als direkter Konsument in Betracht kommt, durch die Konsumvereine eine Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu versuchen.“

In weiterer Erwägung, daß der Kapitalismus die Bestrebungen der Arbeiter, einen größeren Anteil am Produktionsgewinn zu nehmen, mit rücksichtsloser Gewalt zu unterdrücken bestrebt ist, außerdem die Organe des Staats in oft rigorosere Weise zu Gunsten der Unternehmer eingreifen, sowie daß wegen der eigentümlichen Lage unseres Berufs unsere wirtschaftlichen Kämpfe vielfach zu Ungunsten der beteiligten Kollegen ausfallen, hält die Generalversammlung es für möglich, den Tabakarbeitern zu empfehlen; dort, wo es möglich ist, sich den Konsumvereinen anzuschließen resp. solche zu begründen, um dieselben nach Möglichkeit als Kampfmittel auszunutzen zu können.“

Ueber diese Frage entspinnt sich eine ziemlich scharf zugespitzte Debatte. Kapp empfiehlt diese Resolution und verspricht sich von einer Thätigkeit des Verbands in diesem Sinne guten Erfolg, er meint sogar, daß dadurch Streiks verhindert würden. Dagegen wenden sich Sidow, Schmalfeldt und Reister in scharfer Weise.

Sidow weist darauf hin, daß die Konsumvereine bei der heutigen Wirtschaftsweise das Bestreben haben müßten, Waren möglichst billig einzukaufen. Jedenfalls würden die Leiter der Konsumvereine nicht alles das, was Gewerkschaften von ihnen fordern, bewilligen.

Schmalfeldt erklärt, wenn die Resolution angenommen würde, läme der Verband auf eine schiefe Ebene. Er werde sich persönlich an einen derartigen Beschluß nicht binden. Das Verlangen der Resolution führe zu den Praktiken der sogenannten Unabhängigen und Anarchisten, die die Gewerkschaften mit solchen Dingen veräugeln wollten. Die Verfasser der Resolution müßten Schulze-Deißsch und Eugen Richter um Entschuldigung dafür bitten, daß sie sich bisher der modernen Arbeiterbewegung angegeschlossen gehabt hätten.

Reister ersucht, mit solchen Anträgen die Gewerkschaften zu versehen. Diese hätten andre Aufgaben. Die Klagen über die Löhne in Konsumvereinen scheinen bereits vergessen zu sein, obwohl die Gewerkschaftspresse deutlich darüber gesprochen habe.

Die Resolution wird mit 30 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Eine Reihe Specialanträge finden teils durch Annahme, teils durch Uebertreibung an den Vorstand Erledigung. Der Antrag, dem Ausschuss zwei Mitglieder der Kantabakbranche mit beratender Stimme beizugeben, wird angenommen. Einem weiteren Antrag, statt der bisherigen summarischen Vierteljahrsabrechnungen specialisierte einzuführen, wird ebenfalls zugestimmt.

Zu dem Antrag Krafzig i. Dresden: Die Generalversammlung möge Stellung nehmen zu dem Treiben der Genossenschaftsfabrik Hamburg wegen Errichtung und

Verlegung von Illustren an Orte, wo billige Arbeitslöhne gezahlt werden.

meint Hoppe - Hilsheim, die Genossenschaften müßten auch billig produzieren, um kapitalkräftig zu sein.

Meistert - Hannover äußert darauf, wenn die Ansicht Hoppes richtig sei, daß die Genossenschaft billige Löhne zahlen müsse, dann dürfe man nicht gegen Fabrikanten vorgehen, um höhere Löhne zu erzielen, das sei dann ungerecht. Sünde es eben so um die Genossenschaften, dann könnten sie zum Teufel gehen.

Hoppe präzisiert seine Worte dahin, daß von der Genossenschaft nicht immer die höchsten Löhne verlangt werden könnten. Ein Beschluß wird zu diesem Antrag nicht gefaßt, sondern derselbe durch die Diskussion für erledigt erklärt, nachdem noch einige Redner sich über die Angelegenheit ausgesprochen.

In der Nachmittagsitzung sieht zunächst die Erweiterung der Kompetenz des Vorstands zur Beratung. Seither hatte der Ausschuss darüber zu entscheiden, ob auf Kosten des Verbands in einen Streik eingetreten werden solle. Diese Befugnis soll auf Grund eines Antrags jetzt dem Vorstand überlassen bleiben. Es wird einstimmig beschlossen, es beim alten zu lassen. Die weitere Beratung dreht sich um die Anstellung eines dritten besoldeten Beamten. Es entspinnt sich hierüber eine eingehende Debatte und wird mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, einen dritten besoldeten Beamten anzustellen. — Die Gehälter der besoldeten Beamten werden auf 1800 M. jährlich festgesetzt.

Der Sitz des Verbands bleibt in Bremen, nachdem ein Antrag, den Sitz zu verlegen, abgelehnt war.

Hierauf wird die Wahl der besoldeten Vorstandsmitglieder vorgenommen, gewählt werden als Vorsitzender Reichmann - Bremen, als Kassierer Kieder - Wellaud - Bremen, als Sekretär Faure - Bremen. Junge hatte eine Biederwahl als Vorsitzender abgelehnt. — Als Vorsitzender des Ausschusses wird Meister - Hannover wiedergewählt, damit ist der Sitz des Ausschusses Hannover. — Beschlossen wird noch, die neu getroffenen statutarischen Bestimmungen mit dem 1. Januar 1901 in Kraft treten zu lassen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Dem bisherigen Vorsitzenden des Verbands wird auf Antrag Klein - Böhn der Dank für seine Tätigkeit als Leiter des Vereins ausgesprochen, der für diese Anerkennung dankte. Richtig ist auch Umstände zurückzutreten, so werde er doch auch als Mitglied nie aufhören, für den Verband tätig zu sein.

Meister - Hannover erhält dann das Schlusswort, in dem er in großen Zügen die Tätigkeit der Generalversammlung Revue passieren läßt und die Hoffnung ausdrückt, daß sie dem Verband zum Nutzen gereichen werde. Auch er spricht Junge - Bremen seinen Dank für dessen anspruchsvolle Tätigkeit im Verband noch besonders aus und schließt seine Rede mit einem Hoch auf den Verband, in das die Delegierten einstimmen. Darauf wird die Generalversammlung geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Streik der Glaser beendet. Durch Vermittlung des Berliner Gewerkschaftskommissions-Vereins wurden in der gestrigen Sitzung der Lohnkommission der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf Grund der gegebenen Vollmachten folgende Punkte festgesetzt:

- 1. Accordarbeit.** Es soll kein Gefelle gezwungen werden, Accordarbeiten zu übernehmen und darf aus diesem Grunde nicht gemahregelt werden. Ebenso darf kein Meister gemahregelt werden, wenn die Gefellen sich bereit erklären, im Accord zu arbeiten.
- 2. Lohn.** Der Stundenlohn soll bei neunständiger Arbeitszeit betragen pro Stunde 56 Pf., 50 Pf. für schwächere Gefellen, 45 Pf. kann für Junggefallen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit und für durch Unfall, Alter und Invaldität milder leistungsfähig gewordene Gefellen gezahlt werden.
- 3. Zahlung.** Der Lohn muß am Sonnabend bis 5 Uhr bei neunständiger Arbeitszeit gezahlt werden. Am Sonnabend vor den Festen wird bei siebenständiger Arbeitszeit der Lohn für 9 Stunden gezahlt.
- 4. Ueberstunden.** 25 Proz. Zuschlag für Arbeit bis 10 Uhr abends, 50 Proz. Zuschlag für Arbeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens und Sonntagarbeit.
- 5. Montage.** Bei Montage ist die Fahrzeit im Lohn zu berechnen und das Jahrgeld III. Klasse vom Arbeitgeber zu vergüten. Ueberstunden ist von 3 M. aufwärts pro Nacht zu entschädigen.
- 6. Rüstung.** Für das erforderliche Rüstzeug hat der Arbeitgeber Sorge zu tragen.
- 7. Mahregelungen** dürfen infolge der Lohnbewegung nicht stattfinden.
- 8. Zur Beilegung etwaiger Differenzen** wird eine ständige Kommission von zehn Personen, fünf Arbeitgeber und fünf Arbeitnehmer, gebildet. Den Vorsitz übernimmt ein Arbeitgeber, den stellvertretenden Vorsitz ein Arbeitnehmer.
- 9. Die Arbeit muß spätestens am Donnerstag, den 4. Oktober, freih wieder aufgenommen werden.**
Berlin, 1. Oktober 1900.
Die Annahme dieser Vorschläge erfolgte beiderseits einstimmig und ist damit der Streik der Glaser beendet.

Die Glasergehilfen waren am Dienstagabend in starker Anzahl versammelt, um den Bericht der Lohnkommission über die Einigungs- verhandlungen mit der Innung entgegenzunehmen. Starke giebt namens der Kommission den Bericht. Er könne wohl sagen, wenn auch die Forderungen, die wir gestellt, nicht alle erreicht sind, so müssen wir doch sagen, daß wir mit dem Erreichten wohl zufrieden sein können.

In der darauf folgenden Diskussion gehen die Ansichten über die Vereinbarungen auseinander. Einige Redner wollten unter allen Umständen den Punkt Accordarbeit beseitigt wissen, während sich die meisten Redner im Sinne der Kommissionsvorschläge äußern.

Hierauf werden die Vorschläge einstimmig angenommen. In die Fünfer-Kommission werden gewählt: Starke, Rogow, Karl Maag, Wärtens, Zahn, als Ersatzleute Joachim und Fiegel.

Zu einer Versammlung der Tuccature wurde gestern abend nach einem von Daskaßki erstatteten Bericht beschloffen, über die nachstehenden Firmen: Raß, Schirmer, Damich u. Cie., Wittschach u. Brand, Ulrich u. Trommer, Jungermann, Gänßla und Junkersdorff wegen Aussperrung von etwa 70 Arbeitern die Sperre zu verhängen. Gleichzeitig soll bei allen Firmen, wo Accordarbeit verlangt wird, Arbeitsentstellung erfolgen. Alle Unterhandlungen mit Unternehmern sind nur in Uebereinstimmung mit der Lohnkommission zu veranlassen.

Die Sperre über die Firma Kristian, Kottbuser Ufer 32, ist nach Beilegung der Differenzen für die Bilderrahmenmacher wieder aufgehoben. Der Vertrauensmann der Bilderrahmenmacher.

Deutsches Reich.

Lohnreduktionen auf den Kruppischen Werken. Nach Hochmeyer Kolonialblätter sind seit dem 15. September auf der Kruppischen Werke „Hannover“ die Gehälter um 10 Proz., die Schichtlöhne aber um 20 Proz. gekürzt worden. Das Ueberschichtmachen soll gänzlich abgeschafft werden. Sollte diese Lohnreduktion auf den Kruppischen Werken, wo 43 000 Arbeiter (ausschließlich der ca. 4000 Beamten) beschäftigt werden, allgemein durchgeführt werden, so ergäbe das eine Winderung der Ausgaben um 5 100 000 M. pro Jahr. Daß ein Werk, welches beim Bezug der Kohlen und Holzstoffe nicht einmal von anderen Werken abhängig ist und 10—12 Mill.

jährlich Ueberfluß macht, auch nur einen Schein von Berechtigung zu einer Lohnreduktion hat, ist ausgeschlossen.

Ausland.

Der Ausstand der Bergleute in Pennsylvania. Wie aus New York berichtet wird, haben die Grubenbesitzer des Bassins Whomington beschlossen, den Bergarbeitern eine Lohnhöhung von 10 Proz. anzubieten und mit denselben über alle Beschwerden zu verhandeln. Ferner sind die Grubenbesitzer übereingekommen, auch den Preis des Sprengpulvers, welches die Grubenarbeiter zu kaufen haben, von 2/4 auf 1/2 Dollar für das Faß herabzusetzen. Diese Preisdifferenz soll inbessin in die den Arbeitern zugestandene zehnprozentige Lohnhöhung mit eingerechnet werden. Es sind bisher keine Anzeichen vorhanden, daß die Ausständigen auf diesen Vorschlag eingehen werden.

Die Gewerkschaften in Mähren hielten am 25. September in Brünn einen Kongreß ab. Nach dem Bericht der mährischen Gewerkschaftskommission bestanden im Jahre 1900 in Mähren 140 Fachvereine, 34 gemischte Gewerkschaften und 44 Bildungsvereine mit 8454 Mitgliedern. Die Gewerkschaftskommission wünschte eine mögliche Stärkung der reinen Berufsorganisationen, um die weniger leistungsfähigen übrigen Vereine besonders in größeren Orten aufzuheben. Das gleiche Verlangen hatte auch die österreichische Gewerkschaftskommission seiner Zeit auf dem Kongreß der Gewerkschaften geäußert. Der Antrag wurde in diesem Sinne angenommen. Die übrigen Gegenstände der Verhandlung betrafen das Streikreglement, das dem österreichischen nachgebildet wurde, und die weitere Ausdehnung des Arbeiterkurses.

Aus der Frauenbewegung.

Die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen Berlins. Eine Enquete über die Löhne der Arbeiter Berlins hat das Statistische Amt der Stadt Berlin im Herbst 1897 veranstaltet, bei der auch die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen besonders berücksichtigt wurden. Das Resultat dieser Enquete wird in dem neuesten Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin, Jahrgang 1899, veröffentlicht. Ähnliche Erhebungen hatte die Gewerbe-Deputation des Magistrats in Gemeinschaft mit dem Statistischen Amt bereits in früheren Jahren veranlaßt, und deren Resultate in den Jahren 1887, 1888 und 1891 veröffentlicht. Da die früheren Aufnahmen, namentlich infolge ungleichartig und schwierig zu bearbeiten gewesen waren, als sie zum Teil nur in gütwilligen Äußerungen über die Lohnhöhe, zum Teil in statistischen Mitteilungen der wirklich gezahlten Löhne und der Zahl ihrer Empfänger bestanden hatten, diese aber in der Regel nur von Großbetrieben vorlagen, welche bei der Verteilung der Fragebogen berücksichtigt worden waren, so wurde 1897 lediglich der Weg der Enquete gewählt. Es wurden diesmal nicht die Betriebe, sondern nur Vereine, Krankenkassen und Innungen zur Ausfüllung der Fragebogen aufgefordert; außerdem fanden mündliche Befragungen über Einzelheiten statt, welche jedoch zur Klärung verschiedener Widersprüche der Angaben auf den Fragebogen nicht führten.

Aus der umfangreichen Tabelle, welche im Statistischen Jahrbuch als Resultat der 1897er Enquete veröffentlicht wird, wollen wir heute den dort angegebenen durchschnittlichen Jahres-Arbeitsverdienst für die Arbeiterinnen Berlins anführen, es den Arbeiterinnen-Organisationen überlassend, die nötige Kontrolle zu üben. Demnach sollen im Jahresdurchschnitt verdient haben:

- a) in Gärtnereibetrieben: Binderinnen 1043 M.;
- b) in der Metall- und Maschinen-Industrie: Gold- und Silberpolierinnen 511 M., Vernicklerinnen, Galvanisierinnen und Balancierarbeiterinnen 473 M.;
- c) in der Textil-Industrie: Spulerrinnen, Hasplerinnen 899 M., Strickmaschinen- und Mundstuhlarbeiterinnen 338 M., Strumpfwirkerinnen 400 M., Posamentier- und Goldwaren-Handarbeiterinnen 462 M., Hand- (Zantastie) Arbeiterinnen 660 M.;
- d) in der Papier-, Leder- und Gummi-Industrie: Papier-, Kontobuch-, Karton-Arbeiterinnen 508 M., Porzellanrinnen, Stepperrinnen 650 M., Gummi-Arbeiterinnen 450 M.;
- e) in der Holzindustrie und Drechlerei: Bilderrahmen-Arbeiterinnen 575 M., Möbelpolierinnen 504 M., Vergolderinnen, Verfilberinnen und Belegerinnen 591 M.;
- f) in der Nahrungsmittel- und Genussmittel-Industrie: Ladenmädchen 800 M., Tabak- und Zigarrenarbeiterinnen aller Art 544 M.;
- g) in der Bekleidungs-Industrie: Schneiderinnen 457 M., Plätterinnen 696 M., Wäscheherinnen 438 M., Wäscherinnen 558 M., Stickerinnen 650 M., Stempelerinnen 665 M., Kleberinnen, Kartonnierinnen 575 M., Zuschneiderinnen 650 M., Knopfloch-Handarbeiterinnen 354 M., Knopfloch-Maschinenarbeiterinnen 700 M., Handarbeiterinnen aller Art 664 M., Outgarnerinnen 700 M., Hutbinnerinnen 576 M., Quiltstickerinnen 438 M., Mägenarbeiterinnen 476 M., Pelzdrucker, Ramsell 589 M., Handschuh- und Posenträgerarbeiterinnen 354 M., Schußstickerinnen 645 M.;
- h) in Barbier- und Friseurgewerbe: Friseurinnen 702 M.;
- i) in Druckererei und photographische Anstalten: Anlegerinnen 780 M., Punktierinnen 532 M., Bogenanlegerinnen 442 M., Rechnerinnen, Kopiererinnen, Empfangsdamen 780 M.;
- k) ungelernete Arbeiterinnen aller Art 467 M.

Auf der Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine in Dresden wurde in Beziehung auf das Zusammenarbeiten mit der proletarischen Frauenbewegung nicht der gestern mitgeteilte Beschluß angenommen, sondern nach langer lebhafter Debatte vielmehr folgender:

Die Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine erkennt die Wichtigkeit einer Verständigung zwischen der bürgerlichen Frauenbewegung und der Arbeiterinnenbewegung an und empfiehlt, die Möglichkeit einer Verständigung auf gemeinsamen Arbeitsgebieten von Fall zu Fall in Betracht zu ziehen und zu suchen.

Der gestern erwähnte Beschluß war nur ein Kommissionsantrag an das Plenum.

Sociales.

Schutz der Handelsangestellten.

Dem Bundesrat ist ein Entwurf von Bestimmungen über die Herstellung ausreichender und geeigneter Sitzgelegenheit in offenen Verkaufsstellen zugegangen, welcher folgendermaßen lautet:

1. In denjenigen Räumen der offenen Verkaufsstellen, wo die Kundschaft bedient wird, sowie in den zu solchen Verkaufsstellen gehörenden Schreibstuben (Comptoiren) muß für die dazulbst beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge eine nach der Zahl dieser Personen ausreichende Sitzgelegenheit vorhanden sein. Für die mit der Bedienung der Kundschaft beschäftigten Personen muß die Sitzgelegenheit so eingerichtet sein, daß sie auch während längerer Arbeitsunterbrechungen benutzt werden kann; 2. die Befugnis der Polizeibehörden bleibt unberührt, im Wege der Verfügung für einzelne offene Verkaufsstellen oder durch allgemeine Anordnung für die offenen Verkaufsstellen ihres Bezirks zu bestimmen, welchen besonderen Anforderungen die Sitzgelegenheit in Rücksicht auf die Zahl der Personen, für welche sie bestimmt ist, sowie hinsichtlich ihrer Lage und Beschaffenheit genügen muß.

In der Begründung der Vorlage wird folgendes ausgeführt: Nach den von dem kaiserlichen Gesundheitsamt bei den Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik über die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe erstatteten Gutachten ist bei den in offenen Verkaufsstellen tätigen Personen die Entstellung gewisser eruster und häufig dauernder Gesundheitsbeschädigungen, insbesondere dem Umstand beizumessen, daß sie ihre Arbeit nicht anders als stehend verrichten können. Angesichts dieser Thatsache wird in dem Bericht der

genannten Kommission mit Recht darauf hingewiesen, daß es nicht als ein berechtigter Gebrauch angesehen werden kann, wenn dem Ladenpersonal das Sitzen im Laden auch dann verboten oder thatsächlich zur Unmöglichkeit gemacht wird, wenn keine Kunden zu bedienen sind. Diesen Mängeln gegenüber alsbald von Reichs wegen einzuschreiten, hat bereits bei den Vorarbeiten zu der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom 30. Juni 1900 in der Absicht gelegen. Ein unverzügliches Vorgehen auf diesem Gebiet erscheint um so dringlicher, als auch in jüngster Zeit wieder lebhaft Klagen über die gesundheitsschädlichen Folgen des übermäßig langen Stehens, sowie des Mangels an ausreichender Sitzgelegenheit in den Ladenträumen und den zu den offenen Verkaufsstellen gehörenden Schreibstuben (Comptoiren) nicht nur unter den weiblichen, sondern auch bei dem männlichen Hilfspersonal laut geworden sind.

Hierauf folgt die Bemerkung, daß es sich daher — weil nämlich erneute lebhaft Klagen über die Schäden des langen Stehens sowohl für weibliche als auch für männliche Personen laut geworden sind — empfehle, vorläufig von der Anordnung weiterer Schutzvorschriften abzusehen. Das ist eine eigentümliche Logik; weil jemand besonders über Hunger klagt, empfiehlt es sich nicht, ihm zu trinken zu geben!

Vom behördlichen Bauarbeiterkurse. Aus Steinfegerkreisen schreibt man uns: Die Landesregierung in Preußen und ebenso in reaktionären Rußland Sachen ist bekanntlich eine quantität negligable, die vor der geringsten Beeinflussung durch die arbeitende Klasse sorgfältig zu behüten, das Ideal aller „Staatsmänner“ dieser Staaten ist. Was aber dabei mitunter herankommen kann, das lehrt so recht drastisch ein sachmännlicher Blick auf die „Grundzüge“ für die behördlichen Bauarbeiterkurse-Vorschriften, die vor einigen Tagen die sächsische Regierung veröffentlicht hat, soweit sich dieselben auf den Tiefbau beziehen — womit natürlich nicht gelagt sein soll, daß die auf den Hochbau bezüglichen Vorschriften etwa vollkommen seien.

Im großen Ganzen bedeuten ja die diesbezüglichen Vorschriften in dem Entwurf gegenüber der bisherigen Zustände einen unzweifelhaften Fortschritt, die nur den einen kleinen Fehler haben, daß es zum großen Teil von dem Wohl- oder Uebelwollen der Unternehmer abhängen wird, ob die unzweifelhafte Wohlthat der bisher gänzlich unbekanntem Unterkunftsräume der Arbeiter auch wirklich zu gute kommt oder nicht.

Es heißt nämlich in den Grundzügen, daß bei Tiefbauten die Unterkunftsräume für die Arbeiter „bis höchstens 750 (siebenhundertfünfzig) Meter“ von der Arbeitsstelle entfernt sein dürfen. Dieses „höchstens 750 Meter“ ist einfaßlich. Wenn man bedenkt, daß trotz der lebhaftesten Bemühungen seitens der Arbeiter im Tief-, speziell im Straßenbau, in Bezug auf Unterkunftsräume bezw. Bauwägen so gut wie gar nichts geschaffen ist, weil eben die Unternehmer solche Requisitionen für absolut überflüssig halten, so läßt sich heut schon voraussehen, mit welcher Bereitwilligkeit die Unternehmer den behördlichen Anordnungen Folge leisten werden. Und da bietet denselben diese Vorschrift mit den „höchstens 750 Metern“ ja eine geradezu prächtige Handhabe zur ählansesten Ausführung der leidigen Schutzvorschriften.

Aber selbst wenn man unre Unternehmern für so harmlose Gemüthsfragen hält, wie zweifellos die sächsischen Gesetzgeber das thun, so bringen es doch die thatsächlichen Verhältnisse mit sich, daß durch diese Vorschrift in vielen Fällen der gewollte Zweck derselben aufgehoben wird. Zunächst einmal wird die Polizei, gestützt auf diese Vorschrift, die Unterkunftsräume nur in möglichst abseits gelegene Winkel verweisen. Und die Unternehmer, um es mit der Polizei nicht zu verderben, werden derselben darin nicht widerstreben. Aus den höchstens 750 Metern wird also aller Wahrscheinlichkeit nach die Regel werden.

Damit ist dann aber glänzlich erzielt, daß die Arbeiter die Unterkunftsräume allenfalls in der Mittagsstunde aufsuchen werden. Dem zur Zurücklegung einer Entfernung bis zu 750 Meter bedarf es, namentlich, wenn man sich vorher müde und steif gearbeitet hat, immerhin eines Zeitraums von acht bis neun Minuten, für Hin- und Rückzug also das Doppelte. Damit ist also eine Verumpfung der Räume in der Frühstücks- und Vesperpause, die nur je 30 Minuten betragen, so ziemlich ausgeschlossen. Ganz und gar verbietet sich aber die Benutzung dieser Räume während der sogenannten Fünfzehpausen von je 10—15 Minuten Dauer, wie sie im Steinfeger- (Plasterer-) Gewerbe als notwendige Betriebsrichtung bestehen. Und gerade hier, wo die Arbeiter durch die ungemüßliche schwere Arbeit im höchsten Maße erüht, allen Einflüssen unangünstiger Witterung ausgesetzt sind, wäre es in erster Linie notwendig, daß die vorhandenen Räume für die Arbeiter auch wirklich erreichbar sind.

Das alles hätten die weisen Herren von der sächsischen Regierung erfahren können, wenn sie bei der Aufstellung ihrer „Grundzüge“ — den jüngsten Steinfegerlehrling zu Rate gezogen hätten. —

Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Essen (Ruhr), 2. Oktober. (W. Z. B.) Die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet: In der gestrigen Beiratsitzung des Kohlenhandelsrats fand als einziger Punkt auf der Tagesordnung die Festsetzung der Richtpreise für 1901. Der zur Vorbereitung dieser Frage gewählte Ausschuss beantragt die für die diesjährige Beschulperperiode geltenden Richtpreise für Fett-, Gas- und Gasstammkohlen im allgemeinen bestehen zu lassen, dagegen die Richtpreise für Magerkohle, Zechen im beschränkten Maße zu erhöhen. Der Beirat erhob diesen Vorschlag zum Beschluß. Der Prozentfuß dieser Qualitätsgruppen, für die eine Herabsetzung der Preise beabsichtigt ist, beträgt 14 bis 15 Proz. des Gesamtverbands des Kohlenhandelsrats.

Brüssel, 2. Oktober. (W. Z. B.) Dem „Etoile Belge“ zufolge kam es in Billoerde zu einem heftigen Streit zwischen neu ausgehobenen Rekruten, die einer socialistischen Versammlung beizuwohnen wollten, und Soldaten der Garnison, die dieses nicht zulassen wollten. Nachdem zur Unterfützung der letzteren eine Truppenabteilung herbeigeleitet war, gelang es dieser, die Rekruten wieder nach der Kaserne zu bringen. Sieben Rekruten wurden in Arrest abgeführt.

Kopenhagen, 2. Oktober. Die „Mithaus Bureau“ aus Helsingfors meldet, wurde das Erscheinen der Zeitung „Aftonposten“ für immer, der Zeitung „Kotiar“ für zwei Monate und der Zeitung „Vidvagsblad“ für einen Monat verboten. Das Blatt „Wiipurin Sanomat“ erhielt eine Verwarnung.

Rom, 2. Oktober. (W. Z. B.) Wie die „Agence Stefani“ hört, haben Diebe im Vatikan einen Geldschrank erbrochen und daraus 357 000 Lire in Rentenscheinen und 3000 Lire in barem Gelde entwendet. Der Geldschrank befindet sich in 2. Stod des Vatikan und gehört der Verwaltung des päpstlichen Palastes. Es stellt sich heraus, daß die Diebe mit den Dienstleistungen wohl vertraut waren und den Diebstahl sorgfältig vorbereitet hatten. Der Untersuchungsrichter des Vatikan Jangarelli stellt Nachforschungen nach den Dieben an, die bis jetzt erfolglos geblieben sind.

Rom, 2. Oktober. (W. Z. B.) Eine Privatbesuche aus Mailand meldet, daß dort fünf Personen verhaftet wurden, von denen eine, ein gewisser Johann Milich aus Slano (Dalmatien), einen Dolch, einen Revolver, 160 Dollars in Gold, mehrere Pfund Sterling und eine Empfangsbekundigung über eine von ihm an seine Familie abgeforderten Summe von 100 Dollars bei sich trug. Alle fünf Personen kamen aus den Vereinigten Staaten und erklärten, an Bord mit einander bekannt geworden zu sein.

Die bekannteste Innungsgröße im Steinfegergewerbe erklärte schon vor Jahren, daß die Dinger (Wandbau) doch nicht zum Wohnen seien! Auch in den Verhandlungen zur Beilegung des Steinfegerstreiks vor dem Berliner Gewerbegericht wurden ähnliche Ausäußerungen mit aller Verwe detreten.

Der zweite französische Parteitag.

Zweiter Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung 2 1/2 Uhr. Paris, 29. September.

Vorsitz: Allemane, Gab. Erst heute hat der Kongress seine Verhandlungen wirklich begonnen. Trotz der Anträge der gestrigen Nachsitze, die das Schlimmste befürchten ließen, spielte sich die heutige Verhandlung ziemlich ruhig ab.

Zunächst kommt es freilich zu Protesten von links gegen die gestrige Abstimmung betreffend die Gültigkeits-Erklärung der 188 Mandate.

Briaud weist demgegenüber auf das stenographische Protokoll des vorjährigen Kongresses hin. Delory selbst habe damals als Vorsitzender erklärt, der Kongress sei sonderbar, trotz der Entscheidungen des Verständigungsausschusses. Die Geschäftsordnung des Generalkomitees gelte nur, soweit sie ausführbar sei. Der Kongress habe das Recht, sie zu ändern.

Delory macht einen Unterschied zwischen Verständigungs- und Generalkomitee. Letzteres sei bevollmächtigt worden, bis zum nächsten Kongress alle Geschäfte zu besorgen. Der Kongress sei aber noch nicht konstituiert. (Gelächter und Widerspruch rechts.) So lange dies nicht geschehen, seien die Beschlüsse des Generalkomitees Gesetz.

Hierauf wird beschlossen, die Mandate und die auf die Mandatsprüfung bezüglichen Dokumente der gestern ernannten Mandatsprüfungskommission auszuliefern.

Die Zulassung der Presse wird mit allen Stimmen der Rechten, der kommunistischen Alliance und der Blanquisten beschlossen. Die Guesdisten enthalten sich nach wie vor der Abstimmung.

Bei der nächsten Abstimmung über die Resolution, die die Aufhebung der Ausnahmegeetze gegen die Anarchisten verlangt, stimmt die gesamte Linke mit dafür, ebenso wie, wenn ich nicht irre (die Presse war ja bisher nicht offiziell auf der Galerie untergebracht) bei der Abstimmung über einen Protest gegen das Verbot des neulichen Anarchistenkongresses. Allemane ergreift die Gelegenheit, um zu konstatieren, daß der Kongress einstimmig votiert habe. Das ist seinerseits eine indirekte Feststellung, daß auch die Guesdisten doch den Kongress anerkennen. Diese protestieren daher gegen Allemanes Worte.

Soweit sich beurteilen läßt, scheinen die Guesdisten beschlossen zu haben, bis auf weiteres dem Kongress nur als Zuhörer beizutreten, während die Blanquisten nebst der kommunistischen Alliance den Kongress anzuerkennen geneigt scheinen.

Duberna, Guesdist, erklärt denn auch für die erwähnte Resolution gestimmt zu haben, wie er es in einer Volksversammlung thun würde. (Proteste rechts.) Er beginnt eine Resolution zu verlesen, die mit den Worten anhebt: „Die Versammlung... (Stufe rechts: Der Kon-gress! Der Kon-gress!... (Stufe rechts: Der Kon-gress! Der Kon-gress!... (Stufe rechts: Der Kon-gress! Der Kon-gress!...)

Vors. Allemane beantragt und die Mehrheit beschließt, Duberna wegen Mißachtung des Kongresses das Wort zu entziehen.

Auf Groussiers (kommunistische Alliance) Vorschlag wird beschlossen, die Wahl in die Kommission zum zweiten Punkt der Tagesordnung (Organisation der Partei) im Verhältnis zu den Mandaten der respektiven Organisationen vorzunehmen. Etwas später wurde bestimmt, daß auf je 100 Mandate ein Kommissionsmitglied entfallen soll.

Marpaux beantragt namens der autonomen Föderation, zuerst den zweiten Punkt der Tagesordnung zu beraten, und erklärt, die Föderationen würden nicht von der Stelle weichen, ehe die organisatorische Einigung der Partei auf Grundlage der autonomen Föderationen bewirkt sei. (Stürmischer Beifall rechts.) Das Generalkomitee habe notwendigerweise böse Früchte getragen, weil sein Urtprung selbst fehlerhaft gewesen wäre. Redner erinnert an den vorjährigen Vorschlag der Föderation, die Einigkeit auf Grundlage der autonomen Föderationen herzustellen.

Indes beschließt der Kongress auf Vorschlag eines blanquistischen Mitglieds des Generalkomitees, der auch von Rebelin, dem Vertreter der sozial-revolutionären Föderation (Rechte) unterstützt wird, die Reihenfolge der Tagesordnung aufrechtzuerhalten.

Nun tritt man endlich in die Beratung des 1. Punktes ein:

Bericht des Generalkomitees und der Kammerfraktion.

Dubreuilh (Blanquist), Sekretär des Generalkomitees, verliest den Bericht unter ebenso unverhoffter wie wohlthuernder Miße, nur an gewissen Stellen vom Beifall der Linken unterbrochen.

Das Komitee zählte 48 Mitglieder: 1 Vertreter der Genossenschaften, 6 ehemalige „Unabhängige“ (jezt „sozialistisch-revolutionäre Föderation“), 3 Prouffisten, 7 Vertreter der autonomen Föderation, 15 Guesdisten, 4 Allemanisten, 7 Blanquisten und 4 Vertreter der Gewerkschaften.

Das Komitee ernannte 8 Kommissionen: eine für die Propaganda und Aktion, eine für die Kontrolle, eine für die Organisation der Kongresse. Die beiden ersteren Kommissionen werden Specialberichte verlesen. Das Komitee versammelte sich regelmäßig jeden Mittwoch. Zunächst wurden nur die Beschlüsse des Komitees veröffentlicht, seit dem 7. März auch ein knapper Bericht der Debatten.

Die Wahlaktion des Komitees: 1. Gelegentlich der Senatswahlen wurde den Genossen der „sehr bestimmte Rat“ erteilt, sich an diesen Wahlen zu beteiligen. 2. Zu den Gemeindevahlen beschloß das Komitee lediglich, einen Aufruf an die Wähler in der Presse zu veröffentlichen. Der Vorschlag, direkt in die Wahlkampagne einzugreifen, wurde abgelehnt. Andererseits erinnerte das Komitee die Gruppen darauf, daß nur diejenigen Kandidaten als Sozialisten betrachtet werden würden, die die drei Grundprinzipien, die als Grundlage des Einigungskongresses gediene, in ihren Wahlschriften wiedergeben würden.

Ferner hat das Komitee als Schiedsrichter fungiert in zwei Konflikten wegen der Stichwahlen und zwar in Jura und in Calais.

In drei Sitzungen hat das Komitee über Millerands Arbeiterkongress-Rolle beraten. Die Stimmen für und wider waren 24 gegen 24. Es kam also zu keinem Beschluß.

Das Komitee hat die Kommune-Fest des 18. März veranstaltet und anlässlich der blutigen Maiwoche einen Aufruf an die Arbeiter veröffentlicht, der zugleich von der Kammerfraktion und der Pariser Gemeinde- und Generalratsfraktion unterzeichnet war. Eine gemeinsame Reise-Versammlung konnte dagegen nicht veranstaltet werden wegen der gleichzeitigen Gemeindevahlkampagne.

Die Streiks haben eine häufige Einmischung des Komitees erfordert. Durch die Vermittlung der Propaganda-Kommission entsandte das Komitee Redner nach dem Streitgebiet. Protest-resolutionen wurden vom Komitee gefaßt anlässlich der Revellen auf der Insel Martinique und in Chalons, des unternehmerlichen und behördlichen Drucks in Creusot.

Der Bericht schließt mit der Wiedergabe der bekannten Resolutionen des Komitees in Sachen der Interpellation über die Frage von Chalons: der Mißbilligungsresolution gegen die 21 Deputierten, die dabei für das Ministerium stimmten, und der Antwort des Komitees auf den Gegenprotest der 21 Deputierten. (Stürmischer Beifall links.)

Briaud (sozialistisch-revolutionäre Föderation, Rechte), Mitglied des Generalkomitees: Dubreuilhs Bericht ist summarisch. Ehe wir die Debatte eröffnen, möchten die Berichte der Kontroll- und der Propaganda-Kommission verlesen werden.

Indes befinden sich diese Berichte noch in der Druckerei. Bis sie per Rad oder Droschke herbeigeschafft werden, würde eine Stunde

vergehen. Daher wird zunächst der Bericht der Kammerfraktion verlesen vom Abg. Rouanet, dem Vorsitzenden der „mißbilligten“ Fraktionsmehrheit:

Die Meinungs- und Abstimmungsgegenstände innerhalb der Fraktion sind die Widerspiegelung der Gegensätze innerhalb der Partei. Daher so häufige Fälle divergierender Abstimmungen. In den Grundprinzipien ist die Fraktion, wie die Partei, einig, was durch mehrere einheitliche Abstimmungen bekräftigt wird. Aber die drei sozialistischen Formeln, die dem vorjährigen Kongress zur Grundlage gedient (Vergesellschaftlichung, Klassenkampf des Proletariats und Internationalismus) genügen nicht zur Sicherung eines einheitlichen Votums in allen Fragen der Tagespolitik. Da spielt eben die Verschiedenheit der Auslegung jener Formeln mit. Zudem hat die Kammerfraktion keine feste Geschäftsordnung. Die Unterordnung der Minorität unter die Beschlüsse der Majorität nach gepflogener Beratung könnte allein ein einheitliches Votum herbeiführen. Dies ist aber unmöglich, weil die Fraktion aus Vertretern verschiedener Organisationen besteht.

Die Einteilung der Fraktion in eine ministerielle Mehrheit und eine antiministerielle Minderheit ist lediglich ein polemisches Argument. (Beifall rechts.) Beweis: die „Antiministeriellen“ haben häufig sich der Abstimmung enthalten, um nicht das Ministerium zu stürzen. Auch haben sie in gewissen Fällen sogar für das Ministerium gestimmt. Redner erinnert an die gescheiterte ministerfreundliche Haltung der Fraktion unter dem radikalen Ministerium Léon Bourgeois. (Beifall rechts.) Wenn damals einige Sozialisten gegen das Ministerium stimmten, so dachten sie nicht daran, die übrigen Abgeordneten als „Negativen“ zu brandmarken. Jetzt aber werden die „ministeriellen“ Abgeordneten mit heftigen Verleumdungen bedacht, die unter Genossen nicht am Platze sind und der Gesamtpartei schaden. (Dauernder Beifall rechts.) Die Haltung der Fraktionsmehrheit war durch die Mißsicht auf die Verteidigung der Republik bestimmt. (Lebhafter Beifall rechts, Proteste links, Rufe rechts: Hoch die Republik!)

Einige Sozialisten (Redner spielt an auf einen neulichen Artikel Guesdes) meinen, der Klassenkampf bedinge eine Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Formen und dem Proletariat sei es einerlei, ob Wilhelm II. oder Loubet regiere. (Beifall rechts und Rufe: „Hoch die Republik! Wenn das das Erbe des Sozialismus ist, dann hat man allerdings recht, die Fraktionsmehrheit des Negativentums zu bezichtigen. In Wahrheit aber ist die sozialistische Partei republikanisch, demokratisch und antikirchlich. (Stürmischer Beifall rechts, Rufe: „Hoch die Republik! — Nieder mit den Pfaffen!“) Die Sozialisten haben von jeder gegen die Verleumdungen protestiert, die sie als laue Republikaner hinstellen. Die ganze Vergangenheit unserer Partei ist republikanisch und antikirchlich. So steht es auch mit dem Sozialismus im Auslande. Siehe die Reden der ausländischen Delegierten auf dem Internationalen Kongress. Aus diesem Grunde hat die Fraktion das Kabinett Léon Bourgeois unterstützt, in welchem sie eine Garantie der demokratischen Fortentwicklung erblickte. Ja, damals hat die Fraktion mit Ausnahme einiger Enthaltungen sogar gegen die Abschaffung der Anarchistengesetze gestimmt, die von der Rechten beantragt war, um das Kabinett zu stürzen. Nun war bei Entscheidung des Kabinetts Waldeck-Rousseau die Situation ungleich kritischer als 1905.

Seit Juli 1899 hat die revolutionäre Koalition nicht aufgehört, gegen das Ministerium und die Republik Sturm zu laufen. Dieser Koalition den Weg zu verperren — das war der ständige Zweck der Fraktionsmehrheit. Umso mehr als die Reaktionen sich stets bei ihren Angriffen über die Förderung der „revolutionären Umtriebe“ durch das Ministerium beklagten. Auch die parlamentarische Enquete über Chalons (die von der Fraktionsmehrheit abgelehnt wurde, um das Ministerium zu retten) wurde von der Rechten in dem Sinne beantragt, die schwächliche Haltung der Regierung gegenüber den Streikenden bloßzulegen (Proteste links). Niemand verächtliche die Haltung der Fraktionsminderheit, wenn diese mit den Alerikal-Monarchisten und Nationalisten in den Abstimmungen zusammenging.

Wenn die Sozialisten für das Kabinett Bourgeois eintreten, umso mehr müßten sie das gegenwärtige Ministerium unterstützen — schon mit Rücksicht auf dessen Reformen zu Gunsten der Arbeiter. Während das Kabinett Bourgeois in dieser Beziehung keine Spuren hinterlassen hat, hinterläßt das gegenwärtige Kabinett (Rufe links: Schlächtereien! Chalons) ... Redner zählt Millerands Reformen auf unter lebhaftem Beifall der Rechten.

Die Einigkeit der Fraktion kann nur durch die Einigkeit der Partei verwirklicht werden, denn nur unter dieser Bedingung würde die Fraktion ein geschlossenes Ganzes bilden.

Die Fraktion wurde ferner mit groben und mitunter verleumderischen Attacken bedroht, auch wegen ihrer Stellung gegenüber dem Generalkomitee. Nun ist aber das Verhältnis zwischen Komitee und Fraktion vom vorjährigen Kongress keineswegs bestimmt worden, was notwendig ist, um Konflikte zu vermeiden. Wie das Komitee ist auch die Fraktion das Exekutivorgan der Partei. Beide müssen also gleichgestellt sein. Wenn das Komitee auf die Unterstützung der Deputierten bei der Agitation rechnen darf, so sollte das doch in gemeinsamen Beratungen des Komitees und der Fraktion geregelt werden. Gewisse Komiteemitglieder sagten, die Deputierten wären nur dazu da, im Lande die Agitation zu besorgen. Das ist irrig. Der Deputierte gehört vor allem der Kammertribüne und dann muß er auch in seinem Wahlkreis tätig sein, denn davon hängt der Einfluß der Partei im gegebenen Kreis ab.

Im Anfang hat das Komitee die Deputierten zur Agitation sommandiert in schriftlichen Ausdrücken, die sowohl die Würde des Menschen wie die des Abgeordneten verletzen müßten. (Beifall rechts.) Die Deputierten haben das Recht auf dieselbe Achtung wie alle andern Genossen. Ihr Mandat darf nicht zur Ursache der Unterordnung und Erniedrigung werden. Man hat in Bezug auf das Verhältnis zwischen Komitee und Fraktion von Herren und Knechten gesprochen. In der sozialistischen Partei darf es weder Herren noch Knechte geben. (Beifall rechts.)

In keinem Lande würde die Kontrolle über die Fraktion so gehandhabt wie vom Generalkomitee. Wir gehen nicht so weit, um für unsre Fraktion die Stellung der deutschen Reichstags-Fraktion zu verlangen, die nur vor dem Parteitag verantwortlich ist, aber wir verlangen eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Komitee und Fraktion, damit Konflikte unmöglich werden. (Langdauernder Beifall rechts.)

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Versammlungen.

Der Centralverband der Elektromonteur (Sektion Berlin) hatte zum Sonntag, den 30. September, eine Versammlung nach dem „Gewerkschaftshaus“ einberufen. Einleitend referierte Link über das Unfall-Versicherungsgesetz. Im Laufe der Versammlung kamen eine Reihe von Mißständen zur Sprache, die auf dem Erweiterungsbau von Wertheim in der Leipziger Straße beruhen. Die elektrischen Anlagen werden dort von der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft ausgeführt. Es bestände für die Monteur eine Arbeitszeit von durchschnittlich 14 Stunden, die Sonnabends sogar noch weiter ausgedehnt wird. Bei der Arbeit herrscht eine förmliche Heißhag und obendrein seien die Arbeiter einer äußerst unpassenden Behandlung seitens der die Installation leitenden Personen ausgesetzt, und dies alles bei einem Stundenlohn von 90, 82 1/2 und 85 Pf. für selbständige Monteur und sage und schreibe 40 Pf. für den bauleitenden Monteur. Unfälle seien ebenfalls bereits mehrere vorgekommen, bei denen Arbeiter teils von der Klüftung stürzten, teils mit den Klüftungen zusammenstürzten und durch Bruch beider Weine, Verletzung der Kniegelenke u. a. auf lange

Zeit hinaus, Joleicht für immer ihre Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben. Trotzdem bedurfte es erst noch des energischen Einspruchs seitens anderer Bauarbeiter, um eine Aenderung hierin herbeizuführen und die Thatsachen an die Öffentlichkeit zu bringen. Ein als Vertreter der A. E. G. in der Versammlung anwesender Inspektor, dem auch der Bau Wertheim unterliegt, nahm die Firma gegen die erhobenen Anschuldigungen in Schutz. Es wäre nicht möglich gewesen, selbst durch den Arbeitsnachweis des Metallarbeiter-Vereins für die dringende Arbeit eine genügende Anzahl brauchbarer Arbeiter zu finden. In den mangelhaften Klüftungen treffe die Arbeiter die Hauptkünd. Was die gezahlten Löhne anlangt, so habe er selbst vor 14 Jahren als Monteur nur 27 1/2 Pf. bekommen, er wolle aber gern zugeben, daß 80 Pf. für einen verheirateten Arbeiter etwas wenig sei. Daher habe er denn auch der Firma eine Lohnaufbesserung angeraten, könne im übrigen aber wenig dazu thun, auch er leide unter der allzu langen Arbeitszeit. Von den nachfolgenden Rednern wurde dem Herrn erwidert, daß zu den von ihm selbst zugegebenen Lohnsätzen allerdings keine genügende Anzahl von Arbeitern zu haben seien. Die A. E. G. möge nur Löhne zahlen, welche es einem Familienvater ermöglichen, für seine Familie Sorge zu tragen; arbeitslose Monteur seien genug vorhanden. Eben diese niedrigen Löhne seien mit einer Last für die vielen Anfälle, denn sie zwingen den Arbeiter dazu, durch die schädliche Ueberarbeit eine ausreichende Einnahme zu erreichen. Durch die überlange Arbeitszeit wird aber der Körper des Arbeiters ausgepumpt, geschwächt, abgestumpft, der Vater wird der Familie entfremdet, er wird mahnung, abgestumpft, vor allem auch gegen Unfallsgefahr. Es wird ihm überdies durch das Antreibersystem auch gar nicht die Zeit gelassen, eine ordentliche, sichere Klüftung aufzubauen. Leider seien die einzelnen Arbeiter gegen ein derartiges Vorgehen machtlos; nur durch Zusammenschluß aller ist hier Wandel zu erreichen. Vereint repräsentieren die Arbeiter eine Macht, mit der auch Weltfirmen wie die A. E. G. rechnen müssen.

Die Dekature (Affiliate III des Textilarbeiter-Vereins) hielten am 19. September in der III. Klasse bei Jannasch eine Mitglieder-versammlung ab. Zuerst erstattete der Schriftführer Bericht von der Versammlung am 27. August, dann sprach der Vorsitzende über Arbeitszeit und Löhne in den einzelnen Werkstätten, wo die Forderungen der Dekature von den Chefs nicht innegehalten werden, und forderte auf, die Versammlungen immer recht zahlreich zu besuchen, damit wir gegen die Chefs geschlossen vorgehen können. Zur Abrechnung und zur Reuewahl konnte nicht geschritten werden, weil Kollege Jähn vom Vergütungskomitee nicht anwesend war. Unter Verschiedenem sprach Kollege Dreißig über die Mißstände bei der Firma Lad und Kollege Braun über Gewerkschaftliches und Parteipolitik.

Die Modell- und Fabrikarbeiter hielten am 24. September eine mäßig besuchte Versammlung ab. E. Klingner referierte über: Klassenkämpfe in kulturgeschichtlicher Beleuchtung. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Versammelten sich verpflichten, dem deutschen Solgarbeiter-Verein sich anzuschließen. Zum Schluß wurde noch auf den Wert der Bibliothek des Vereins hingewiesen und regere Bewegung derselben empfohlen.

Eine Mitgliederversammlung des Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen fand am 24. September statt. Die Versammlung nahm die Berichte vom Verbandstag und der Gaukonferenz entgegen, Widerspruch gegen dieselben wurde nicht erhoben.

Charlottenburg. Die Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher hielt hier am 26. September eine gutbesuchte Mitglieder-versammlung im Lokal des Genossen Leder, Bismarckstr. 74, ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde das Mitglied Flemming als Kandidat zu der im November d. J. zu Würzburg stattfindenden Generalversammlung des Verbands aufgestellt. Hierauf sprach Flemming über die Aufgaben der benannten General-versammlung, und bedauert, daß seit der verfloffenen General-versammlung gar nicht mehr zur allgemeinen Erörterung gekommen sei. Er hält eine Arbeitslosen-Unterstützung wesentlich vorteilhafter für den Verband, als wie die jetzt bestehende Unterstützung in Krankheitsfällen. Die darauf folgenden Redner Mayke, Griesmeyer und Schiller sprechen ebenfalls in diesem Sinne, und wurde eine Resolution an die Generalversammlung beschlossen, die sich für die Errichtung einer Unterstützung für Arbeitslosigkeit ausspricht. Zu Punkt 3 der Tagesordnung wurde über unsre aufgestellten Lohnforderungen an die Unternehmer berichtet. Die Hauptforderung sei die Einführung eines Minimal-Stundenlohns von 60 Pf. und Abschaffung der Accordarbeit. Flemming, der den Bericht gab, ermahnte die Anwesenden, zwecks Durchführung dieser Forderungen, mehr als wie bisher für einen starken Ausbau der Centralorganisation Sorge zu tragen. Mayke, Schiller, Feige u. a. äbten scharfe Kritik, weil man mit der lokalen Richtung nicht gemeinsam den Lohnarist ausgearbeitet habe. Eine von Mayke in diesem Sinne verfaßte Resolution fand zum Schluß gegen 2 Stimmen Annahme.

Vandmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung in G. Heuerleins Festsaal, Alte Jakobstraße 75. Geschäftsliches. Aufnahme. Abrechnung. Ergänzungswahl zum Vorstand. Kartage. Berichtedes.

Centralverband der Konditoren. (Mittelschicht Berlin.) Heute, Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schiller, Rosenthalerstr. 57.

Verband deutscher Gasenarbeiter und verw. Berufsgeoffen (Mittelschicht Berlin, Bahnhofs Telegraphenstraße 65/66 bei Paul Forstner). Versammlung jeden Mittwoch nach dem 15. des Monats.

Vereinskaleuder.

Arbeiter-Züngerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender: Rich. Thote, Schöneberg, Garmewaldstr. 99. Erster Kassierer: Seifert, Finkenstr. 16. Alle Aenderungen im Vereinskaleuder sind zu richten an Otto Rasche, Reichensbergerstr. 115a. Mittwoch, Uebungsstunde abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — „Vereinsfreiheit I“, Rotte, Lange-straße 108. — „Norddeutsche Schiffe“, Upppe, Reichensbergerstr. 15. — „Vereinslust I“, Wolfshäger, Adalbertstr. 21. — „Deutsche Eiche I“, Zimmermann, Gruner Weg 29. — „Allgera“, Beyer, Brangestr. 130. — „Freier Männerchor „Nord-West“, Kautsch, Stephanstr. 31. — „Gleichheit“, Ritsche, Danziger-straße 95. — „Ehrengelehrten I“, Rüdorf, Rüpke, Hermann- und Karls-gartenstrassen 1. — „Ehre“, Postweg 1, Brandenburg a. O., Waldheim, Bredowstr. 17. — „Brieg“, in Brieg, Born, Bürgerstr. 4. — „Waldenruh“, Charlottenburg, Parich, Seefelderstr. 11. — „Vereinsfröhen“, Köpenick, Meyer, Rosenstr. 101. — „Wacht auf I“, Dombel, Danzigerstr. 71. — „Vorwärts X“, Nauen, Sobusch, Marktstr. 16. — „Frei und frei I“, Beckmann, Köpenick, 17. — „Gründerbund“, Puhlerstr. 29. — „Oh und Weiprechen“, Kreuz, Alexanderstr. 30. — „Bogel nicht“, Steglitz, Kaiser-hallen, Albrechtstr. 130. — „Vereinslust II“, Renfer, Larnstr. 69. — „Waldenruh“, Schiller, Rosenthalerstr. 57. — „Ehrenstein“, Tschilling, Puhlerstr. 17. — „Jubel III“, Nieder-Schönhausen, Seifertstr. 1. — „Vereinslust“, Seifert, Schönhauser Allee 65. — „Ehren-trang II“, Knoblauch, Soldinerstr. 36. — „Friedrichshagener Sängerkor“, Friedrichshagen, Conrad, Friedrichstr. 188. — „Brieg auf II“, Bornim 1. R., Krüger, Parich, 5. — „Vereinslust“, Bademanna, Friedenstr. 67. — „Freundschaft“, Hoppe, Stralauer Weg 10/11. — „Zimmerer“, Friedrichshagen, Gorgas, Scharnweberstr. 4. — „Vereinslust II“, Kreuz, Dunderstr. 8. — „Vorwärts“, Fachsenhof, Rüdigerstr. 137/138. — „Rüdorfer Männerchor I“, Rüdorf, Klemke, Bergstr. 137. — „Freie Sängerkor“, Gramer, Hermannstr. 199, Rüdorf. — „Gleichheit“, Charlotten-burg, Gombornsbrauerei, Wallstr. 94. — „Dormose“, Tabert, Gruner Weg 14. — „Ehre II“, Spandau, Rade, Neumeyerstr. 5. — „Sattler“, Bragg, Markthausstr. 8. — „Rote Blase“, Reich, Soldinerstr. 39. — „Ehre“, Bredow, Friedenstr. 23. — „Waldenruh“, Kreuz, Alexanderstr. 30. — „Vereinslust“, Rüdorf, Rüdigerstr. 137/138. — „Vereinslust I“, Fachsenhof, Rüdigerstr. 137/138. — „Vereinslust“, Weimacht, Gruner, 21. — „Club Sängerkor“, Brandenburg a. O., Centralherberge, Wollenweberstr. 3. — „Rote Rote I“, Schöne-berg, Doh, Garmewaldstr. 110.

Warenhaus A. Wertheim.

Vor der Eröffnung unserer Neubauten

Extra-Verkauf

zu ausserordentlich herabgesetzten Preisen in sämtlichen Abteilungen unseres Geschäfts.

Die Extra-Preise

sind neben den bisherigen auf den Preiszetteln vermerkt.

Alle Waren sind im Preise ermässigt.

Ausgenommen sind nur vereinzelte Artikel, deren allgemeine Preisliste eine Herabsetzung nicht zulässt.

Da wir einen derartigen Extra-Verkauf von neuen Waren in allen Abteilungen niemals wieder bieten werden, so können wir diese Gelegenheit zum Einkauf besonders empfehlen.

Kleiderstoffe.

- Reinwollene Crêps, einfarbig, Meter **95 Pf.**
- Reinwollene Cheviots, einfarbig, Meter **85 Pf., 1,05** und **1,40 Mk.**
- Reinwollene Loden, meliert, Meter **1,25 Mk.**
- Bunt gewebte Stoffe, Meter **90 Pf.**
- Englische Seidenstoffe, gestreift f. Blusen Mtr. **1,75 Mk.**
- Reinseidene Taffete, einfarbig, Meter **1,65 Mk.**

Gardinen, Teppiche.

- Engl. Tüll-Gardinen, Meter **40, 55, 70 Pf.**
abgepasst, das Fenster **2,50, 3,25, 4,50 Mk.**
- Engl. Tüll-Stores **3,25, 4,75 Mk.**
- Ocker Tüll-Stores **6,50 Mk.**
- Engl. Tüll-Zierdecken **10, 20, 30 Pf.**
- Spachtel-Tülldecken **40, 90, 1,25 Mk.**
- Imit. Smyrnateppiche, zweiseitig **8,25, 12,00, 17,50 Mk.**
- Bett- u. Pultvorleger, imit. Smyrna **90 Pf., 2,10 Mk.**
- Portièren, Shawl **1,60, 2,60, 3,75 Mk.**

Tapiserie, Schürzen.

- Küchenhandtücher, reinleinen m. Hohls., vorgez. **65 Pf.**
- Tischdecken mit Hohlraum **35, 45, 50 Pf.**
- Brotbeutel, eingefasst, fertig **65 Pf.**
- Frühstücksbeutel, eingefasst, fertig **42 Pf.**
- Staubtuchbeutel, fertig gestickt **48 Pf.**
- Porzellan-Nippesfiguren, mit Früchten gefüllt **50 Pf.**
- Tändelschürzen, Satin mit Borte **70 Pf.**
- Tändelschürzen, hell und dunkel **85 Pf.**
- Reinseid. Tändelschürzen, reg. Preis bis 4 Mk. Gingham m. Volant od. Crêtonne m. Achselb. **85 Pf.**

Orient-Teppiche. Unsere echten Teppiche sind persönlich in Konstantinopel auf das Vorteilhafteste eingekauft. Trotz der schon hierdurch ermässigten billigen Preise sind die echten Teppiche ebenfalls noch mit Extra-Preisen ausgezeichnet.



Kostüme, Mäntel, Blusen etc., Pelzjackets, Pelzcapen, Modellhüte, Pariser und Wiener Modelle.

Besonderer Gelegenheitskauf!
Golf-Capes, kariert, ca. 100 cm lang, **8,75 Mk., bisher 14,75 Mk.**
9,75 Mk., bisher 16,25 Mk.

Konfektions-Ausstellung

Berliner Pferde-Lose a 1 Mark, 11 Lose = 10 M. Porto u. Liste 20 Pf. **Ziehung 12. Oktober** empfiehlt und versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme des Betrags **Carl Heintze, Berlin W., Unter d. Linden 3**

Ziehung 20.—26. ds. Monats Lose nur 3 Mark, Dritte Meissner Geld-Lotterie

Höchstbetrag im günstigsten Fall **100,000 Mark**
1 Prämie 60000, Haupt-Gewinne 40000, 20000, 10000, 2 à 5000, 10 à 3000 Mark etc.
13160 Geld-Gewinne u. 1 Prämie, zus. **375,000 Mark** baar Geld.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Franzfurterstraße 9, parterre. 2875
Gardinen-Specialgeschäft, Blumenstraße 8. Anerkannt vorzügliche Einkaufspreise für Gardinen, Stores, Nouveaux, Täfelts und Schürzen. 3172
Betten, Steppdecken, spottbillig Teilhand Reanderstraße 6.
Remontoirn, goldene, Regulatoren, spottbillig Teilhand Reanderstraße 6.
Teppiche, Gardinen, spottbillig Teilhand Reanderstraße 6.
Teppiche mit Gardinen, Gardinenbesätze Große Franzfurterstraße 9, parterre. 2889
Möbelverkauf, Oranienstraße 173 am Domkapitel. Große Auswahl von Wohnungseinrichtungen, Küchen, Schränke, Sofas, 20,00, Plüschgarnitur 100,00, Duffets, Damen, Herrenschleier 55,00, Kleiderstrumpf, Perlen 45,00, Ankerbestellen-Katze 50,00, Trümmen 48,00, Stuhlbett 30,00, Estrich, Spiegel, 28,00, Tischdecken 80,00, Küchenmöbel billig Teilhandlung gestatt. 3212
Bücherverkauf, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 8 Bände 50 Mark, „Neue Zeit“ 1890-98, 10 Bände, gebunden, 50 Mark, Gollner, Ringbahnstraße 117, IV rechts. 2185
Möbelverkauf. In meinen großen Möbel-Lagerräumen Lindenstraße 37 haben viele Wohnungs-Einrichtungen, verleiht gewesene und neue Ausstattungen, zum spottbilligen Verkauf. Für Beamtente sehr empfehlenswert.

Gelegenheitskäufe. Gardinen, Stores, Tischdecken, Steppdecken zu noch nie dagewesenen Preisen. H. Kolberg, Vandsbörgerstraße 82.
Möbelverkauf zu soliden Preisen, auch Teilzahlung. Römer, Sebastianstraße 81. 27058
Nussbaummöbel, ganze Wirtschaft, wie neu, spottbillig veräußert Joffenerstraße 38, I rechts. 2872
Möbelverkauf, Kleiderbüchsen, Seifens, Tische, Spiegel, Bettstellen, Sofas, Küchenmöbel billig Teilhandlung, Reanderstraße 70, I. 3082
Möbel auf Teilzahlung, Prinzengasse 62, Reichmann. 2176
Wano, bequemes Federbett, umwandelbar sehr billig, auch Teilzahlung, Buchholzerstraße 10, I links. 1435
Wasserkraft, Blutbildend, für Blutarms, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erhaltbar. Nicht Glasanzahl, Qualität entscheidet. Vortrefflicher Ringler Bernauerstraße 119. 85/12
Feilige, Sitzstühle, Rothaus, Kottelchen, Küsten, gut eingefüttert, gutes Futter, zu haben billig. Witwe Paula Weinold, Wienerstraße 1-6.
Steppdecken am billigsten Fabrik Große Franzfurterstraße 9, parterre.
Fahrrad, fast neu, für Schulden angenommen, jeden Preis, Schönbauer Allee 177a, Hof hart. 11287
Destillation billig veräußert, Pöcherstraße 33. 148
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, Postkarte, Vandsbörger, Vandsbörgerstraße 35. 1130
Destillation veräußert, Röhres, Graubenerstraße 13. 736

Vermischte Anzeigen.
Bibliothek! Wer sich über diese unvollständige Granlampe unter Zeit unterrichten will, verlange die Ringblätter des Weltbundes gegen Bibliothek, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierparkverein Berlin, Könnigsbergerstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 11615
Photographie! 6 Bist, ein Kabinett 2,50 Mark, Familiengruppen gleiche Preise. Graf Dering, Schönhauser Allee 146. 753
Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57. 3436
Rechtsbureau, Rat, Schriftföhrer, Brunnenstraße 173. 1426
Rechtsbureau, Andreaskirche 63 (Concordia), Geisteshafter Rechtsbeistand. 2955
Jahresteller C. Gedde befindet sich jetzt Stargarderstraße 3, Ecke Schönhauser Allee. 1470
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertig Ferdinand Kleinert, W. Wiltonstraße 56, 2. Hof parterre. 22876
Fahrräder repariert, Hammer, Andreaskirche 70. 28326
Ober-Schönweiber Bad, Wilhelmshofstraße 4, Bannern, Brause, Sülz, Dampfbäder, Podtannin, Schwefel, Sool- und sämtliche medizinische Bäder. Massage. Lieferant sämtlicher Krankentassen. 28948
Reinigungsraum frei alle Jakobstraße 102. 28956

Ein Vereinszimmer zu vergeben an der Michaelstraße 1. 2908
Geschäfte zum Holan, Gieselerstraße 28, Sonnabend frei. 2536
Vereinszimmer mit Piano, 20-40 Personen, zu vergeben. Aufschank Brauerei Pfefferberg, Dittmeier, Schöneberg, Sedanstraße 71a.
Vereinszimmer frei, Labowitz, Kommandantenstraße 65. 2832
Vereinszimmer empfiehlt Herr Alte Jakobstraße 119. 1288K
Zaal und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Fielstraße 10. 2062
Vereinszimmer, Piano, empfiehlt Erdmann, Reichenbergerstr. 16.
Hiermit erkläre den Arbeiter Herrn Hermann Heber, Oranienstraße 3, für einen Ehrenmann. Hulda Ethel. 14
Genosse für Genossenschafts-Unternehmen mit Kapital gesucht. Offerten Sp. Genossenschaft, Postamt 16. 1136

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stubenbinder bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurück geliefert. Gläser, Wulststraße 27. *
Stellenangebote.
Wahrgeliefen (60) verlangt Spiegelstraße 54 a. 373
Klempnerlehrling verlangt Stange, Doppelstraße 48. 3188
Beleger oder Belegerin auf Spiegelglas für Tischbeleg findet dauernd und lohnend Stellung bei Gangly & Taenzler, Altdorf, Bergstraße 55/56. 3036
Vader suchen per sofort R. R. Baer & Co., Goldbleichen-Fabrik, Gollnowstraße 43. 3046
Anfänger sowie Arbeiter auf Eisenkonstruktionen verlangt D. Strich, Torstraße 31. 3106
Bantischler, auch solche, die zu Hause arbeiten, Bahnhof Lichtenberg, Wilhelmstraße 73. 3076
Barockergolber, Bernhauer und Farbigmacher verlangt A. Biehl, Friedrichstraße 10. 3006
Goldbleichen, tüchtigen Eisenwäcker verlangt H. Wertmeier, Schmidstraße 8a. 3056
Füllschuh- und Pantofelarbeiter verlangt Juber, Bernauerstraße 47a.
Arbeitsanfänger verlangt J. Behner, Greifswalderstraße 92. 1286
Geübte Presser gesucht, Goldbleichenfabrik Stegnitzerstraße 15. 178

Frontenpauer verlangt Tischhölzer, Bouchéstraße bei Rixdorf. 137/18
Anfänger, Vater und Arbeiter, bürchen verlangt Schwenger, Goldsteinstraße 17. 1111
Möbeltischler. Wer kann kleine Modelle anfertigen? Offerten unter C. 7. an die Expedition dieses Blatts.
Guten Vanführer verlangt Buchdruckerei Reanderstraße 3 (Vohn 10 M.) unter 16 Jahre. 3126
Frau zum Zeitungstragen für Wedding verlangt Triftstraße 46 a, Weihe, nur „Vorwärts“. 3448
Geübte Kartonarbeiterinnen werden sofort verlangt. Heise, Waldemarstraße 51. 2046
Lehrmädchen gesucht. Blumen- und Federnfabrik Hartung u. Arltener, Kommandantenstraße 89, II. 2556
Zum Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile
Tüchtig. Linoleumleger suchen Lammfromm & Vogel, Krausenstr. 12/13.
Achtung! Tischler!
In der Möbeltischlerei von Zach u. Sobue, Marktshof, haben sämtliche Tischler wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Seht die Wählerlisten nach!

Am 4. Oktober liegen die Listen für die am 30. Oktober im 6. Wahlkreis stattfindende Reichstags-*Erstwahl* zu Tage aus. Bis dahin möge jeder Wähler sich in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags nachsehen.

Der 6. Wahlkreis umfasst die Stadtbezirke 218-278 und 285 bis 326 B und vom Stadtbezirk 282: Alexander-Ufer, Friedrich Karl-Ufer von der Kronprinzessin bis zur Alsenbrücke und Juralidenstr. 80 bis 83. Wegen der großen Wählerzahl und räumlichen Ausdehnung werden die Listen außer im Wahlbureau Poststraße 16 II noch in folgenden Lokalen ausliegen: a) für die Stadtbezirke 218 bis 226 und 287 bis 290 in der Turnhalle der 110/174. Gemeindefchule Schönhauser Allee 166A; b) für die Stadtbezirke 227 bis 236 und 251 bis 258 in der Turnhalle der 132/142. Gemeindefchule, Demmlerstraße 27; c) für den Stadtbezirk 239 bis 278 in der Turnhalle der 17. Gemeindefchule Ackerstraße 67; d) für die Stadtbezirke 285 bis 287 und 298 bis 304 und einem Teil vom 282 Stadtbezirk in der Turnhalle der 113/128. Gemeindefchule Turnstraße 86; e) für die Stadtbezirke 288 bis 297 in der Turnhalle der 82/90. Gemeindefchule, Turnstr. 75; f) für die Stadtbezirke 305-326 B in der Turnhalle der 118/127. Gemeindefchule, Panstr. 8.

Wer keine Zeit hat, die Listen nachzusehen, wolle sich mit einer Legitimation (Steuerzettel etc.) an einen der nachstehend bezeichneten Parteigenossen wenden, die bereit sind, die Wählerlisten zu prüfen:

Roabit: J. Pfarr, Dultstr. 10; W. Rie, Waldenferstr. 14; G. Reuter, Turnstr. 99; K. Anders, Salzweberstr. 8; Rob. Kern, Stromstr. 24; W. Faber, Stephanstr. 11; Märker, Cigarrengeschäft, Turnstr. 52; Ad. Scholz, Wilhelmshafenstr. 18; D. Fischer, Duessestr. 66; Fr. Gresse, Duessestr. 17; A. Rai, Kottb. Str. 18; D. Schubert, Püttenstr. 2; August Wend, Sittlingerstr. 4; A. Waid, Sittlingerstr. 43; Alb. Schüg, Duessestr. 25; Geile, Alt-Roabit 50; Gaidlach, Waldstr. 9.

Wedding und Oranienburger Vorstadt: Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60; E. Diele, Ackerstr. 123; D. Brüdner, Gartenstr. 63; Joseph, Tiedstr. 34; Schulz, Schwärztopfstr. 15; Seibel, Neue Poststr. 33; Michel, Bohlenstr. 40; A. Dobath, Sellenstr. 8; J. Krause, Müllerstr. 7a; F. Kleinert, Schulstr. 29; H. Krause, Müllerstr. 150a; A. Döge, Müllerstr. 38; G. Filler, Gerichtsstraße 62; S. Kaufschel, Wiesenstr. 29; F. Bergmann, Papestr. 3.

Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen: S. Hoppe, Ackerstraße 21; Charlett, Ackerstr. 164; Lorenz, Solsstr. 43; Meobel, Sellenstr. 4; Werler, Bergstr. 10; Jamer, Swinemünderstr. 26; Jäger, Swinemünderstr. 20; Döring, Ruppinerstr. 21; Gnadt, Ruppinerstraße 41; Kohn, Ruppinerstr. 42; Bertels, Ruppinerstr. 49; Rehsfeld, Brunnenstr. 57; Weiser, Arlonaplag 3; Hoffmann, Bernauerstraße 47C; Ad. Neumann, Brunnenstr. 150; Wuzyl, Fehrbellinerstraße 34; Krohne, Riondstr. 5; Weisler, Weierauerstr. 4; Peter, Swinemünderstr. 118; Kannepp, Brunnenstr. 122; Dieke, Brunnenstraße 85; G. Herrmann, Rautenstr. 45; Krühl, Rügenerstr. 15; Schilling, Swinemünderstr. 51; Hoffmann, Swinemünderstr. 47; Wachgänger, Swinemünderstr. 34; Neumann, Graunstr. 14; Moldehauer, Swinemünderstr. 95; A. Helbig, Uferstr. 9; Gahmann, Grünhaldenstr. 64; Regeler, Prinzen-Allee 14; Knoblich, Soldinerstraße 36; Richter, Stettinerstr. 16; Abendroth, Wadstr. 42/43; Hinte, Panstr. 13.

Schönhauser Vorstadt: Diele, Schwedterstr. 33; George, Eberwälderstr. 4; Krüger, Lychnenstr. 8; Augustin, Schönhauser Allee 78; Schwarz, Schlemmerstr. 42; Behnfeld, Schönhauser Allee 40; Wehrend, Fehrbellinerstr. 51; Schönsfeld, Fehrbellinerstr. 9; Mars, Kastanien-Allee 95; Schulz, Pappel-Allee 106; Rantow, Schönhauser-Allee 135; Rahstorf, Dunderstr. 12; Bödig, Dunderstraße 79; Kobesling, Schlemmerstr. 33; Nieb, Danzigerstr. 93; Wolf, Schönhauser-Allee 178; Finmer, Tredestr. 36; Schmidt, Tredestr. 22; Siebert, Wörtherstr. 15; Sobien, Prenzlauerstr. 232; Lamprecht, Wörtherstr. 39; Grobler, Hochmeisterstr. 25.

Auch wer am 1. Oktober aus dem Wahlkreise verzogen ist, hat das Recht, an der Wahl teilzunehmen.

Ober-Schönevelde. Sonnabend findet bei Benzl, Laufenerstraße 5, eine Vereinsversammlung des Arbeiter-Vereins statt. Vortagung: „Die Weber“.

Lokales.

Am Sammelpunkt des Elends.

Die Wohnungsnot hat, wie vorauszusehen war, dem städtischen Obdach einen erheblichen Zugang Wohnungsloser gebracht. Am Montagvormittag konnten aus dem Obdach 40 Parteien, die im ganzen 140 Köpfe zählten, entlassen werden; ihnen waren sämtlich Wohnungen besorgt worden, auch hatte die Verwaltung des Obdachs für jede Partei die Miete auf einen Monat im Voraus bezahlt.

Diese Entlassungen waren eine Maßregel, die sich in Anbetracht des im Laufe des Tages zu erwartenden Andrangs als durchaus zweckmäßig erwiesen hatte. Denn am Montagmorgen meldeten sich nicht weniger als 125 Familien mit 518 Köpfen als wohnungslos im Obdach an. Die Verwaltung hatte sich einigermassen vorgesehen; verschiedene Baracken waren vorher geräumt und hergerichtet worden, so daß all den Unglücklichen, die kamen, ein notwendiges Quartier, und überdies auch warme Nahrung gegeben werden konnte. Im ganzen befanden sich am Vormittag des 2. Oktober 225 Familien mit 962 Köpfen im städtischen Obdach; außerdem beherbergt das Institut 150 Wirtschaften solcher Familien, die zunächst bei Bekannten oder sonstwo ein privates Unterkommen gefunden haben. Die Verwaltung behält sich das Recht vor, den Quartier dieser Familien veräußern zu dürfen, sobald er sich länger als drei Monate im städtischen Obdach befindet; zur Ehre der Behörden muß konstatiert werden, daß bis jetzt von dieser Klausel noch in keinem Fall Gebrauch gemacht worden ist.

Ein Besuch des Familienasyls offenbart natürlich dem Auge das Elend in allen seinen Abstufungen. Jemand muß schon gleich den Hamburger Großunternehmern das Herz mit dem Metall gepanzert haben, aus dem man Geldsprünge verfertigt, um an der Fülle von Jammer gefühllos vorübergehen zu können. Hochschwängere Frauen sehen ihrer schweren Stunde entgegen. Männer sitzen in dumpfer Verzweiflung vor ihrem blassen Hausrat; Säuglinge klammern sich fest an der Mutter Brust, um einige Tropfen Nahrung zu erhalten. Die Verwaltung zeigt sich von Würde befeelt und hat für solche Kinder, die nicht mehr ausschließlich der mütterlichen Pflege bedürfen, einen Spielplatz hergerichtet. So vergessen die Kleinen leicht auf Augenblicke das Elend, das ihr junges Leben vergiftet hat.

Ist im Asyl, wie gesagt, auch das Elend in hundert Variationen zu finden, so machen sich doch, so wunderbar es klingt, zwei national verchiedene Typen geltend. Der Berliner Einwohner, den das Unglück betroffen hat, für sich und die Seinen bei der Gemeinde ein Unterkommen suchen zu müssen, läßt bei aller Verzweiflung eine gewisse Aktivität nicht vermissen. Er fühlt das Herabdrückende des Notstands, der ihn um so mehr peinigt, je weniger ihn eigenes

Verhalten ins Elend gestürzt hat, und thut daher alles, um so bald wie möglich wieder zu einem eignen, wenn auch noch so dürftigen Heim zu kommen.

Andererseits vielleicht größere Hälfte der Obdachlosen, die, zumeist polnischer Nationalität, aus den östlichen Provinzen in Berlin eingewandert sind. Die alte Erfahrung, daß der polnische Proletarier weit mehr zum Dulden, zum passiven Verharren im Elend veranlagt ist als der deutsche, bestätigt sich auch hier. Besonders zahlreich sind in dieser unglücklichen Gruppe eheverlassene Frauen und deren Kinder vertreten. Der Mann irrt irgendwo nach Arbeit herum. Du lieber Himmel, das Essen im städtischen Obdach ist gewiß keine Sonntagstafel, aber dennoch kommt einem oft der Gedanke, ob diese Armen unter der Gewalt des Großgrundbesizers, der sie sich im dumpfen Drange entwunden haben, wohl je so hygienisch gelebt, wohl je so das Batten einer gewissen wohlthätigen Ordnung gefühlt haben, wie in dieser Herberge des Unglücks?

Der organisierte Arbeiter kann unter dem Elend dieser Männer und Frauen Studien machen. Er lernt begreifen, warum der Osten dem Unternehmer das Dorado des Streikbrechertums ist, er lernt hier abschätzen, wie groß das Erziehungswert ist, das er noch zu verrichten hat, bis diesen unter Herrenbrand und Pfaffenbrand aufgewachsenen Menschen der Begriff der Menschenwürde, des proletarischen Selbstbewußtseins, zu eigen geworden ist.

Die Deputation für die Verwaltung der städtischen Volksbibliotheken und Leshallen hat in ihrer am Dienstag abgehaltenen Sitzung beschlossen, bei den städtischen Behörden die Errichtung einer städtischen Central-Volksbibliothek zu beantragen. Die Bibliothek soll vorläufig etwa 30000 Bände umfassen. Sie wird eine Summe von 800000 M. beanspruchen, die auf fünf Etatsjahre mit je 60000 M. verteilt werden soll. Ferner wurde beschlossen, für diese Central-Bibliothek den Bau eines eignen städtischen Bibliothekgebäudes zu beantragen, das vielleicht auf dem Grundstück des ehemaligen Waisenhauses in der Neuen Friedriksstraße errichtet werden könnte. Auch soll eine Umfrage an sämtliche städtische Volksbibliotheken erlassen werden, um festzustellen, welche Bibliotheken schon jetzt den Abendbetrieb einführen können.

„Immer langsam voran.“ Nach diesem Wahlprüf scheint sich auch die städtische Gasverwaltung zu rüsten. Die Arbeiter des Röhrensystems der städtischen Gaswerke wurden vor einigen Monaten bei ihrer vorgesetzten Behörde wegen der Einführung geschlossener Verbunden vorstellig. Die heute vorhandenen Verbunden genügen nicht im entferntesten den hygienischen Anforderungen. Ganz abgesehen davon, daß sie zu klein sind, sind sie auch nur an drei Seiten geschlossen. Die Arbeiter haben daher in den Ruhepausen nicht nur unter den Unbillen der Witterung, sondern auch vor allem unter der Angst zu leiden, wenn sie nach gethauer Arbeit im schwierigen Zustand sich in der Ruhe befinden. Jetzt ist den Arbeitern auf ihr Verlangen der Weisheit erteilt worden, daß man probeweise bereits eine geschlossene Verbunde in Benutzung genommen hat und erst Erfahrungen gesammelt werden müssen, bevor die Errichtung von weiteren geschlossenen Verbunden in Angriff genommen werden kann.

Was wohl dabei für Erfahrungen zu sammeln sind? Hunderte von Privatunternehmern haben bereits geschlossene Verbunden; in den Berliner städtischen Wasserwerken sind sie seit Jahren aufzuweisen und haben sich hier ganz selbstverständlich bewährt. Die Verwaltung der Gaswerke muß aber erst Erfahrungen sammeln. Im Interesse der Gesundheit ihrer Arbeiter hätte die Verwaltung der Gaswerke die moralische Verpflichtung, geschlossene Verbunden sofort einzuführen und nicht noch Monate zu warten, bis eine weitere große Zahl von Arbeitern infolge des heutigen Zustands sich die verschiedensten Krankheiten und womöglich den Tod zugezogen haben.

Im Zeichen der Verwüstung. Erhöhte Aufmerksamkeit widmet die Polizei den Firmenschildern der Gastwirtschaften, insbesondere solcher Anstalten, in denen von „zarter Hand“ kredenzt wird. Ein Gastwirt in der Duessestraße, der seinem Lokal den Namen „Paradiesgarten“ beigelegt hatte, ist angeklagt worden, diese Bezeichnung zu entfernen. Auch ein Gastwirt in der Seydelstraße, der seine Wirtschaft „Im Harem“ nennt, ist ebenfalls durch die Polizei gezwungen worden, den „Harem“ zu entfernen und hierfür eine weniger verdächtige Firmierung zu wählen.

Im allgemeinen suchen die Inhaber der Sempelfallen die Verwüstungen, die sie durch falsche Vorpiegelungen der erwählten Art begeben, durch eine aufdringlich große Portion Patriotismus wieder wett zu machen. Irigendwo sonst wird mit patriotischen Hüssen und Wildern ein solcher Lufing getrieben, wie in den Damenluzern und Tangelangeln.

Die Ausnahmestage beim Neunhr-Ladenschluß. Aus der gestrigen Sitzung der Kaufmannschaft wird mitgeteilt: Nach § 139c der Gewerbe-Ordnung kann die Ortspolizeibehörde für 40 Tage im Jahre den im allgemeinen am abends 9 Uhr festgesetzten Schluß der offenen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends ausdehnen; nach § 139d ist sie befugt, die Vorfrist des § 139c, nach welcher in Gemeinden mit über 20000 Einwohnern die Ruhezeit der Gehlisen und Leßlinge in offenen Verkaufsstellen elf Stunden betragen muß, für jährlich höchstens 30 Tage außer Anwendung zu setzen. Der Herr Polizeipräsident hatte nur die Kellereien um ein Gutachten darüber ersucht, auf welche Tage die genannten beiden Ausnahmen Anwendung finden sollten. Das Kellereikollegium hat unter näherer Motivierung die folgenden 40 Tage für eine Ausnahmestellung nach § 139c vorgeschlagen: die ersten vier Sonnabende im März, die zwei Sonnabende vor Ostern, die fünf Sonnabende vor Pfingsten, den Gründonnerstag, den Mittwoch, Donnerstag und Freitag vor Pfingsten, Mittwoch vor Himmelfahrt, zwölf Wochentage vor Weihnachten, die zehn Sonnabende vor diesen zwölf Wochentagen, den Tag vor Silvester, Silvester. Als Ausnahmestage nach § 139d ersuchten die Kellereien diejenigen Tage festzusetzen, welche vom Polizeipräsidenten für den Verkauf bis 10 Uhr abends vor dem Weihnachtsfest (nach dem Vorschlag: 12), vor dem Osterfest (nach dem Vorschlag: 2) und vor dem Pfingstfest (nach dem Vorschlag: 4) bestimmt werden würden.

Das photographische Atelier des Polizeipräsidenten, eine der wichtigsten Einrichtungen des Erkennungsdienstes unserer Kriminalpolizei, ist am Montag in Betrieb genommen worden, nachdem am Sonnabend die baupolizeiliche Abnahme stattgefunden hatte.

Bürgermeister Weinmann ist gestern aus Aditzberg in Berlin eingetroffen und hat bereits im Lauf des Vortages im Rathhaus vorgesprochen, wo er kurze Unterredungen mit dem Stadtrat Paad und dem Rammereer Waag hatte. Oberbürgermeister Kirchner weilt zur Zeit noch in Paris, wird aber übermorgen zur Einführung des neuen Bürgermeisters hier wieder eintreffen. Bürgermeister Weinmann loziert vorläufig in einem Hotel, vom Donnerstag ab zieht er mit seiner Familie eine Wohnung im Hause Lützow-Ufer 1.

Das Polizeipräsidentium teilt mit: Das Heiligtum von Zeitungen und andern Lesestoff auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und andern öffentlichen Orten (Bahnhöfen usw.) wird während der Zeit, wo die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, an Werktagen in dem bisher in Berlin üblichen Umfang zugelassen.

Was aus einem Parodie-Theater werden kann. Das Mädchenheim der Heilsarmee ist am 1. Oktober in dem Hause

Oranienstr. 51 eröffnet worden. Das Heim, welches sich auf das ganze Hinterhaus erstreckt, hat den Zweck, anstehenden, alleinstehenden Mädchen, welche ihrem Erwerb nachgeben, gegen ein geringes Entgelt Kost und Unterkunft zu gewähren. Bis jetzt hat das Heim 12 Zinsassumen gefunden. Es ist an derselben Stelle untergebracht, wo sich früher das Parodie-Theater befand.

Die Milchpreissfrage wurde in einer gestern abend abgehaltenen Verhandlung der Milchhändler und Molkereibesitzer nochmals erörtert. Wie hier konstatiert wurde, ist die allgemeine Preiserhöhung von 20 auf 22 Pf. gescheitert, dagegen ist es partiell gelungen, einen Aufschlag bei der Kundtschiff durchzusetzen. In erster Linie trifft dies für die westlichen Stadtteile zu, wo angeblich Milch der besten Qualität ins Haus geliefert werden muß. Die Mehrzahl der Händler will von der Verteuerung keinen Vorteil haben; wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, ist es vielen Händlern unmöglich, den Prozentsatz, den sie seit dem 1. Oktober an die Produzenten mehr zahlen müssen, im Detailverkauf wieder einzubringen. Den Bäckern, die einen erheblichen Teil der täglich auf den Bahnhöfen eintreffenden Milch verbrauchen, wird Vollmilch jetzt mit 15 Pf. pro Liter und Halbmilch mit 6 Pf. pro Liter abgegeben. Die eben gegründete Gesellschaft „Milchcentrale“ wird, wie es heißt, schon in diesem Herbst ihre Tätigkeit beginnen.

Der Briefverkehr nach den Vororten. Die postalischen Betriebsanstaltungen für den Briefverkehr nach den Berliner Vororten haben am 1. Oktober eine wesentliche Verbesserung erfahren. Bei dem Berliner Briefpostamt Spandauerstraße ist eine besondere Abteilung eingerichtet, die ausschließlich für den Vorortverkehr bestimmt ist. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf die Leitung sämtlicher Briefe nach allen Postorten innerhalb des Eisenbahn-Vorortverkehrs. Das Gebiet umfaßt etwa 140 Postanstalten. Die Leitung der Briefe nach den Vororten ist darum besonders schwierig, weil bei der raschen Bevölkerungszunahme vieler Orte eine stiere Verschlebung in den Grenzen der einzelnen Postbestellbezirke nicht zu umgehen ist. Auch deckt sich in vielen Fällen die Ortsgrenze nicht mit der Grenze des Postbezirks. Einzelne Vororte und zwar gerade die bedeutenderen, wie Charlottenburg und Schöneberg, werden von fünf und mehr verschiedenen Postanstalten bedient. Infolgedessen werden an die Gewandtheit der sortierenden Beamten außerordentliche Anforderungen gestellt, zumal es dem Publikum unter solchen Umständen kaum möglich ist, seine Briefe richtig zu adressieren. Diese Uebelstände traten umso stärker hervor, als nach dem 1. April infolge Eingehens der Privatposten und der gleichzeitigen Verbilligung der Gebühren für den Nachbarortverkehr eine weitere erhebliche Steigerung des Verkehrs stattfand. Die gleiche Dreiteilung des Abfertigungsdienstes in Sendungen im Ortsverkehr, nach den Vororten und nach außerhalb, wie sie hier jetzt zur Durchführung kommt, besteht bereits bei dem Hauptpostamt in Paris und hat sich dort bewährt.

Ein empörender Vorgang spielte sich am Montagmorgen in der Köpenickerstraße ab. Ein Kutscher des Speditionsgeschäfts von Brode u. Co. mochte sich verspätet oder sonst ein Versehen begangen haben. Dies gab dem dort angestellten Schreiber Tiedle Anlaß, dem Kutscher auf dem Hofe die Peitsche zu entreißen und dann den schon bejahrten Mann derart mit dem Stiel zu verprügeln, daß die Peitsche zerbrach und der Bedauernswerte sich auf der Unfallstation verbinden lassen mußte. Der Vorgang erregte natürlich unter den Arbeitern, die aus den benachbarten Festern heraus zusahen, lebhafte Entrüstung; nicht minder empörte es die Jungen, daß die lächerlichen Angehörigen des Geschäftes für ihren Kollegen keinen Finger rührten, sondern ruhig die Mißhandlung duldeten. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden.

Die Ursache der Gasexplosion in der Königl. landwirtschaftlichen Hochschule ist noch nicht ermittelt. Die bisherigen Feststellungen haben so viel ergeben, daß einem der in den Kellerräumen befindlichen großen Gasmeßer Gas in großen Mengen entströmt sein muß, das sich dann, als die Männer die Räume mit Licht betreten, entzündete. Vorher hatten die Angehörigen den Versuch gemacht, die städtische Gasanstalt zu benachrichtigen, aber noch bevor diese durch den Fernsprecher angerufen worden war, erfolgte die Explosion. Ein Verstoß von einzelnen Personen scheint ausgeschlossen; die Explosion hätte auch erfolgen müssen, wenn die Angestellten den Keller nicht betreten hätten, weil in den Räumen mehrere Gasflammen brannten. In der Hochschule, den Laboratorien und Instituten haben bis auf weiteres fast alle Vorträge und Arbeiten eingestellt werden müssen. Die Verwüstungen, besonders im zoologischen Institut, sind sehr groß. Das Glasdach des landwirtschaftlichen Museums ist vollständig zerstört, nicht einmal die eisernen Pfosten und Träger sind unversehrt geblieben. Der Pflasterfußboden ist in den Keller hinabgestürzt, wo wild durcheinander große Mauertrümmer, unzählige Glasplitter, Gerippe von Tieren, seltsame Gewebe, ausgestopfte Vögel und andre Dinge liegen. Die Unfallstätte ist noch von Schülern abgeperrt.

Krankheit und Arbeitslosigkeit trieben gestern abend den wohnungslosen, 42 Jahre alten Schlächter Robert Schmeier ins Wasser. Er sprang an der Potsdamer Brücke in den Kanal, rettete sich aber wieder, da im Wasser die Lebenslust noch einmal erwachte. In seinen kranken Kleidern irrte er nun durch den Tiergarten, bis er in der Hoffjäger-Allee infolge der Erschöpfung zusammenbrach. Hier fand ihn ein Schuttmann von der Tiergartenwache, der ihn nach der Charité brachte.

Sonntagmittag veranstalteten die Berliner Unfallstationen in Gemeinschaft mit den Vereinen vom Roten Kreuz und den Sanitätsvereinigungen im Landbauausstellungspark Moabit eine Sanitätsübung. Interessenten, welche den Vereinen nahe stehen, können Eintrittskarten, soweit solche noch vorhanden, vom Direktor Max Schalefänger, Wilhelmstr. 38, beziehen.

Die „Urania“ führte gestern mittag vor einer geladenen Gesellschaft das neue Ausstattungsstück „Auf den Wogen des Ozeans“ auf. Den Hin und wieder wasserpatrisch durchstränkten Vortrag hat Herr Viceadmiral a. D. Reinhold Werner verfaßt; die Dekorationen und lebenden Bilder sind von den Malern S. Hurz und A. Kranz geschaffen. Der erste geschichtliche Teil des Ausstattungsstückes schildert die Entwicklung der Schifffahrt; wir sehen den Nil von altägyptischen Schiffen belebt, schreiten über zwei Jahrtausende hinweg auf einen römischen Hafen zu und durchfliegen später auf den Wikingersejden der nordischen Recken das Mittelmeer. Abermals etliche Jahrhunderte weiter und die stolze Hanseflotte, die den Sturmeifer bestreift hat, segelt an uns vorüber. An der kurzen Episode vorbei, die den „Großen Kurfürsten“ an der Westküste Afrikas Kolonien gründet, erblicken wir englische Linienschiffe aus jener Episode zu Anfang des Jahrhunderts, wo Albion unumschränkt auf dem Meere gebot, und nähern uns dann allmählich der Gegenwart. Eine Darstellung des Seerechts bei Janssen und 1864 giebt uns ein Bild vom primitiven Stande der Seerechts-Technik um die Mitte des Jahrhunderts.

Der zweite Akt schildert das Seewesen der Gegenwart. Zunächst steht ein Dampfer der Hamburg-Amerikaner im Schwimmbad vor uns. Dann machen wir eine Korseeinfahrt vor getadete prächtiger Wirkung mit. Am Feuerschiff an der Umänderung vorbei stürmt unser Dampfer auf Helgoland zu, wo ein deutsches Panzergeschwader im eintönigen Grau und davon überzeugt, daß der Militarismus zu Wasser ebenso wenig vor dem guten Geschmac besetzen kann, wie der Militarismus zu Lande. Weiter geht die abwechslungsreiche Fahrt bis zur englischen Küste. Hieraus kommt ein maritimes Hinterland. Die Schrecken eines nächsten Torpede-Angriffs werden uns vorgeführt und die noch schlummernden

Schreden, die der Helraum eines der modernen Schiffs-
paläste birgt. Ein offizielles Dampfboot führt uns an die
chinesische Küste; andre Bilder lehren uns das Leben an Bord eines
Panzerkreuzers von seiner ausgefeilten besten Seite kennen. Die
Schreden des Meeres werden in einem Schiffsbrand und in der
Strandung eines Seglers demonstriert und als verführerischer Schluß
gibt sich ein lebendes Bild „Des Matrosen Heimkehr“.

Im ganzen darf man wohl sagen, daß der neue Aus-
stattungsbericht der prächtigste ist, den die Krantia in den
letzten Jahren geboten hat. In einigen Bildern, wie dem Nordsee-
Diorama, dem Laifun im Sinesischen Meer und dem Schiffs-
brand haben Dekorationsmaler und Theatermeister sich selbst über-
troffen. Auch der Vortrag ist klar und verständlich ausgearbeitet.

Die Krantia versendet gegenwärtig das Programm der Vor-
lesungen und Kurse, welche im wissenschaftlichen Theater bezw.
im Hörsaal und auf der Sternwarte in den beiden Winterquartalen ge-
halten werden. Am 10. Oktober beginnt Herr Geheimrat Professor
Dr. Ahmann mit einem Vortrag über die Methoden zur Erforschung
der Atmosphäre mittels des Luftballons und des Drachens. Es
folgen dann weitere Vorträge der Herren Prof. Dr. Wagner, Prof.
Dr. Drygalski, Prof. Dr. Flamm, Wirklicher Geheimrat Dr. Fischer,
Geheimrat Prof. Förster, Prof. Dr. Marshall, Prof. Dr. Neesen,
Generalkonful v. Hesse-Wartegg, Prof. Dr. Nagel, Geheimrat
Prof. Neulenz, Dr. P. Spies, Prof. Sylvanus Thompson-
London, Geheimrat Vergrat Prof. Wedding und andre. —
Reben den Mittwochs-Vorträgen werden im Hörsaal des In-
stituts Laubenstr. 48/49 Experimentalkurse aus den
Gebieten der Physik und Chemie von den Herren Dr. Konath und
Dr. Raß, sowie solche aus dem Gebiete der Biologie von Herrn
Professor Müller veranstaltet. Auf der Sternwarte des Instituts
Invalidenstr. 57/58 wird der Astronom des Instituts, Herr Graff,
einen Einblick über Astronomie lassen. Für weiter vorgeschrittene sind
spezielle Kurse über Physik, Astronomie und Mathematik vorgesehen.
Das ausführliche Programm dieser Vorträge wird an der Kasse der
Krantia Laubenstraße ausgegeben, woselbst auch Abonnements
entgegengenommen werden.

Die achte städtische Fortbildungsschule, Putzstr. 23, die im
vergangenen Sommerhalbjahr von 750 Schülern besucht wurde, beginnt
den Unterricht im Wintersemester 1900/1901 am 10. Oktober. Es bestehen Kurse
für alle Berufsstände des gewerblichen, kunstgewerblichen und kauf-
männischen Berufsstandes. Mit der Schule ist außerdem eine Abteilung
des städtischen Gewerbevereins und eine Abteilung der Berliner Tischler-
schule verbunden, wo im Fachzeichnen für Schlosser, Maschinenbauer, Mediziner,
Drechsler und Tischler unterrichtet wird. Anmeldungen werden täglich von
7—9 Uhr vom Leiter der Anstalt, Rektor Kiebe, entgegengenommen.

Die naturwissenschaftlichen Kurse an der 7. städtischen Fortbildungs-
schule werden im Wintersemester folgende sein: Montag: Elektrizität
(neuer Aufsatz), Mittwoch: Wärmelehre (Dampfmaschinen, Heißluft,
Gas, Benzin, Wasser, Wind-Rotator), Donnerstag: Elektrizität
(Fortsetzung), Sonnabend: Chemie (Metalle, Technologie). — Die Kurse
sind unentgeltlich, für jedermann offen und bedingen keine Vorkenntnisse.
Sie werden abends von 7—9 Uhr gehalten. Anmeldungen werden
abends 7 Uhr in der 176. Gemeindegemeinschaft, Gräfenstraße 56, entgegen-
genommen.

Die 4. städtische Fortbildungsschule Heinersdorfstraße 18 in der
Nähe des Friedrichshagens liefert den Beweis, daß die Habituiertheit einer
Schule sich immer mehr nach der Verpflanzung hinzieht. Anfangs von
200 Schülern besucht, ist jetzt die Zahl weit über 1000 gestiegen. Eine solche
Anzahl muß in den verschiedenen Disziplinen unterrichten, die allen
Wünschen der Schüler Rechnung tragen. In den bestehenden Kursen werden
bei Beginn des Semesters — 10. Oktober — Kurse in Griechisch und
Gefang, in der kaufmännischen Abteilung aber Oberstufe für Englisch und
Französisch, Wechselrecht und Handelsrecht, kaufmännische Korrespondenz
und Maschinenzeichnen eingerichtet. Mit der Schule ist der städtische
Gewerbeverein und die Berliner Tischler-Schule mit 300 Schülern verbunden,
wo Fachzeichnen für Schlosser, Maschinenbauer, Mediziner, Drechsler
und Tischler gelehrt wird. Anmeldungen nimmt täglich der Leiter der An-
stalt, Rektor Augenberger, entgegen.

Der Orgelvortrag von Otto Diemel in der Marienkirche am Mitt-
woch, den 3. Oktober, mittags 12 Uhr, bringt Kompositionen von Bach,
Mendelssohn, Mozart, Tschai, Schubert, Schumann, Heller, Ruden, Fuch,
Gert, Diemel, angeführt von Herrn Diemel, Frau Herrmann-Pratorius,
Fräulein Anna Corver, Fräulein Clara Vandenberg, den Herren Herrn
Paul Neumann, Herrn Ad. Bolte und Herrn Karl Wendt. Der Eintritt
ist frei.

Feuerbericht. Dienstagmorgen war Lützowstr. 67 ein kleiner
Wohnungsbrand und Heinersdorfstr. 17 ein Kellerbrand abzuolischen.
Schaaldecke und Balkenlage wurden Endenerstr. 58 durch Feuer be-
schädigt. Ein Posten Stroh ging Wolfgangstr. 4 in Flammen auf.
Ein Alarm nach Vintmannstr. 14 war auf einen kleinen Dachstuhl-
brand zurückzuführen, der in kurzer Zeit mit 2 Röhren gedämpft
wurde. Außerdem wurde die Wehr noch nach Lütanenstr. 1a ge-
rufen, wo Wohnraum in einem Keller in Brand geraten war.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. An der hiesigen städtischen Realschule mit
Progymnasium sind 10 Prozent Freistellen für
würdige Kinder unbemittelter Eltern vorgesehen.
Da gerade die Kreise, denen diese Einrichtung besonders zu gute
kommen sollte, fast gar nicht davon Gebrauch gemacht haben, so sei
hier besonders darauf aufmerksam gemacht. Unter den Bürgern, die
für ihre Kinder Freistellen erwarben, befanden sich zur Zeit nur zwei
Arbeiter. Diese geringe Beteiligung der wirklich Unbemittelten
erklärt sich aus der eigentümlichen Art, wie zu Bewerbungen
um Freistellen aufgerufen worden ist. Aus Angst, man könnte
mit Geschenken überhäuft werden, hat man nur an die Schüler
der Realschule, also nur an Kinder von mehr oder
minder Bemittelten, eine entsprechende Bekanntmachung er-
gehen lassen. Das Resultat ist, daß die meisten Freistellen-Inhaber
Kinder von Beamten, von Leuten mit Einkommen zwischen 2500
und 2700 M. sind.

Anläßlich der Stadterordneten-Ersatzwahlen, die
in der nächsten Woche stattfinden, bringt das verbreitetste Rixdorfer
Lokalblatt eine Notiz, worin es heißt: Selbst von bürgerlicher
Seite wird es lebhaft bedauert, daß infolge des Urteils des
Ober-Verwaltungsgerichts verschiedene tüchtige Männer, die
sich die vollste Achtung ihrer politischen Gegner zu erwerben ver-
standen, der Stadterordneten-Versammlung verlorren gehen. Nach dieser
Anerkennung sozialdemokratischer Stadterordneten werden die Wahl-
ausichten kurz erörtert und festgestellt, daß eine Wahlagitation der
bürgerlichen Parteien in der 8. Abteilung ganz aus-
sichtslos wäre, wenn es der Arbeiterpartei gelänge, Kandidaten,
die Hausbesitzer sind, aufzustellen. Bisher ist das Bürgerturni denn
auch noch nicht in die Wahlbewegung eingetreten. Ängersfurchtlich
will man erst abwarten, wie die Sozialdemokratie die Kandidaten-
frage lösen wird. Am Donnerstag findet wieder eine Volks-
versammlung statt.

Die Wohnungsnot macht sich auch in unserem Nachbarorte
Lichtenberg in erschreckendem Maße bemerkbar. Zahlreichen
Familien ist es trotz heißem Verlangen nicht gelungen, ein Unter-
kommen zu finden. Sind auch infolge energischer Interventionen
einzelne Obdachlose mit ihren Familienangehörigen im Armen-
hause und auch in einer Schule untergebracht worden, so weiß die
Gemeindebehörde dem großen Andrang gegenüber sich im ganzen
nicht anders zu helfen, als daß sie mit einer Mietsbeihilfe von
6—10 M. sich der Obdachsuchenden entledigt. In der Friedrich-
straße stand gestern abend bei stürzendem Regen das Mobiliar
einer Familie auf der Straße, während der Hausflur den Hausrat
einer andern beherbergte. Die drei Kinder der einen obdachlosen
Familie hatten Unterkommen bei mitleidigen Nachbarn gefunden;
Frau und Mann kampierten aber die ganze Nacht im Hausflur. In
diesem Fall konnte den Leuten ein Unterkommen von der darum
angegangenen Gemeindebehörde nicht nachgewiesen werden; 10 M.
Armenunterstützung, die man den Unglücklichen gab, haben ihnen
leider auch noch kein Obdach schaffen können, und so liegen die
armen Leute noch auf der Straße. Wir sind begierig, wie lange
die Polizeibehörde dies noch mitansehen wird? Auf alle Fälle muß
hier Abhilfe geschaffen werden.

Die Schöneberger Volksküche in der Zeligerstr. 65 wird
am Montag, den 15. Oktober eröffnet werden, nachdem am Sonn-
abend, den 13. eine Einweihungsfeierlichkeit vor einem geladenen
Publikum stattgefunden haben wird.

In der mehrerwähnten Frage der Ableitung der Ab-
wässer der Gemeinde Reinickendorf in den Tegeler See, wo-
gegen die Stadtgemeinde Berlin Einspruch erhoben hat, erschienen
gestern der Gemeindevorsteher von Reinickendorf, Herr Wille, und
mehrere Gemeindevorordnete im Ministerium des Innern. Sie über-
reichten eine Eingabe, die Angelegenheit sofort erledigen zu wollen,
weil Reinickendorf mit seinen 14 000 Einwohnern der Kanalisation
dringend bedürftig und durch jede Verzögerung große Ungelegenheiten
entstehen würden.

Gerichts-Beilage.

Der sogenannte „Kleine Wendland-Prozess“.

Der nur der Societäts- und dem „großen“ demnach zur Verhandlung
ansehenden Prozeß gegen den Bankier Wendland ist, begann gestern
vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des
Landgerichts-Direktors Müller. Auf der Anklagebank hatten
Platz zu nehmen: der Bankier Paul Wendland, der seit beinahe
1 1/2 Jahren in Untersuchungshaft sitzt, und der Privatier August
Schnick. Sie sind beschuldigt, in zwei Fällen sich gegen das
Reichsgericht vom 18. Juli 1894 und gegen den § 75 des Börse-
gesetzes vom 22. Juni 1896 verstanden zu haben, die beiden gleichzeitig
des Betrugs schuldig gemacht zu haben. Sie sollen in öffentlichen
Bekanntmachungen falsche Thatsachen vorgegeben haben, um Per-
sonen zu einer Beteiligung an einem Aktienunternehmen
zu bestimmen. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Kölling,
die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Leonh. Friedmann
und Lewin H. Als Börsefachverständiger wohnt Bankdirektor
Weill, als Buchführungsfachverständiger die gerichtlichen Bücher-
revisoren Reuter, Dörr, Vierstedt und Simon der Ver-
handlung bei. — Der Angeklagte Wendland, seiner Zeit Haupt-
mann der Landwehr, ist kein gelehrter Bankier, sondern war ur-
sprünglich Landwirt und in den Jahren 1888—1891 Direktor der
Hagelversicherungs-Gesellschaft „Germania“. Als er von diesem
Posten zurücktrat, erhielt er eine Abfindung von 80 000 M. aus-
bezahlt und vielleicht mit aus diesem Grunde fing bald
darauf eine Pressehefte gegen ihn an. Er kaufte alsdann
die „Allgemeine Börsen- und Zeitung für Privatiers
und Rentiers“ und gründete außerdem die „Versicherungs-Börse“.
Im Jahre 1893 gründete er im Verein mit andern Personen den
„Deutschen Wandverein, eingetragene Genossenschaft n. S. H.“, und
dieser wurde am 24. August 1893 in das Genossenschaftsregister ein-
getragen. In diese Genossenschaft, deren Vorsteher die beiden An-
geklagten wurden, sind das Bankgeschäft und die Zeitungen der Firma
„Allgemeine Börsenzeitung Wendland“ übergeben worden. Als
Zweck wurde in den Statuten aufgeführt: die Förderung der Er-
werbs- und wirtschaftlichen Verhältnisse der Genossenschaftsmitglieder,
daneben war der Betrieb von Bank- und Börsengeschäften vor-
gesehen. Innerhalb der Genossenschaft sollen zwei besondere
stille Vereinigungen von Gruppen der Mitglieder — ein Kassa-
konsortium und ein Ultimo-Konsortium — bestanden haben, welche
dem Bankverein Gelder zu Spekulationszwecken zur Ver-
fügung stellten, bereit, daß der Leitung des Bankvereins
die Auswahl der Papiere, in denen investiert werden sollte, über-
lassen war. Diese beiden stillen Gesellschaften machten Börsen-
geschäfte in großem Umfange; beim Ultimo-Konsortium soll derselbe
in einem Jahre über 4 Millionen Mark betragen haben. Angeblich
soll die Abmachung bei diesen Spekulationsgeschäften dahin gegangen
sein, daß, wenn ein Gewinn erzielt wurde, der Bankverein eine
Provision erhalten sollte, wenn sich ein Verlust ergab, dieser dem
Konsortium zur Last fiel. Am 31. Dezember 1894 ging das erste
Geschäftsjahr zu Ende und der Ueberschuß desselben wurde auf
7 Proz. der Ueberschuß des Jahres 1895 gar auf 88 Proz. be-
rechnet. Die Anklagebehörde behauptet, daß diese Berechnungen
durchaus nicht den Thatsachen entsprachen und nur auf künstliche Weise
und unter Hintanhaltung der Grundzüge einer soliden Buchführung zu
stande gekommen seien und den wahren Stand der Genossenschaft in un-
zulässiger Weise verleiht haben. Anfangs 1896 wurde die Um-
gründung der Genossenschaft in eine Kommanditgesellschaft auf
Aktien geplant und nachdem in der „Allgemeinen Börsenzeitung“
eine Reihe von Artikeln die Thätigkeit und die Erfolge der Ge-
nossenschaft in allen Tonarten gepriesen, auch verwirklicht. Direktor
Wendland verfaßte einen glänzenden Prospekt, den er von dem Mit-
angeklagten und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Privatier
v. Wille, unterzeichnen und an eine große Zahl von
Personen in geschlossenem Verlesungsbuch versenden ließ.
Darin wurden auch allerlei Behauptungen aufgestellt, die
von der Anklage als falsch oder unrichtig bezeichnet werden.
Im Vertrauen auf die Angaben des Prospekts haben sich etwa
80 Personen zur Aktienzeichnung im Gesamtbetrage von 237 000 M.
bereeit finden lassen. Sie haben ihr gekanntes gezeichnetes und ein-
gezeichnetes Kapital verloren. Einige Aktionäre haben in den Jahren
1897 und 1898 unter der Behauptung, durch betrügerische Angaben
zur Aktienzeichnung verleitet zu sein, den Aktienabnahmungsvertrag
angefochten und auf Rückzahlung der Verträge gelaugt; sie haben in
erster Instanz ein obheftendes Urteil erstritten. Als auf dem Prospekt
ein Erfolg nicht mehr erreicht wurde und weitere Aktienzeichnungen
ausblieben, erklärten in der „Allgem. Börsenzeitung“ Ende Juni 1898
ein neuer Prospekt, in welchem abermals unrichtige Angaben über
den Ueberschuß des Jahres 1895, die Höhe der Beteiligung der persön-
lich haftenden Gesellschafter, deren „dare“ Einlagen und über die in
Aussicht genommene Verantragung zur Zulassung der Aktien an der
hiesigen Börse enthalten gewesen sein sollen. — Angell. Wend-
land bestritt bei seiner gestrigen umfangreichen verantwortlichen
Vernehmung jegliche Schuld und behauptete, daß die von ihm vor-
genommenen Transaktionen in keiner Weise gegen das Strafgesetzbuch
verstoßen, er vielmehr zu den Angaben des Prospekts berechtigt
gewesen sei. Die Behauptungen seien nach seiner Uebersetzung voll-
ständig ordnungsgemäß vor sich gegangen. Die Bilanzen seien
seiner Zeit von dem gerichtlichen Bücherrevisor als richtig beglaubigt
worden. Die Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft sei
nicht bloß auf ihn zurückzuführen, sondern durch den
Aufsichtsrat ausdrücklich gebilligt worden. Er bestreite auch,
daß die Verwendung des Prospekts in geschlossenem Couvert
an eine beschränkte Anzahl von Personen als eine öffentliche Be-
kanntmachung im Sinne des Art. 249 D des Reichsgesetzes vom
18. Juli 1895 zu betrachten sei. — Der Angeklagte Schnick
lehnte sowohl für den Inhalt des ersten Prospekts als auch für die
spätere Veröffentlichung in der „Allg. Börsenzeitung“ jede Verantwortung
ab. Wendland habe seinen Namen selbstständig unter den gedruckten
Prospekt gesetzt, den er allein redigiert habe. Er habe
lediglich die Geschäfte an der Börse wahrgenommen und sich
in die Buchführung nicht gemischt. Die Bilanzen habe er in
gutem Glauben unterzeichnet und auch geglaubt, daß die Angaben
des Prospekts durchaus der Wahrheit entsprächen. Er habe sich auch
thatsächlich mit 30 000 M. an der Kommanditgesellschaft beteiligt. —
Bei der Beweisaufnahme wird es wesentlich auf die Gutachten der
Sachverständigen, in welchen zahlreiche Buchführungs- und börsen-
rechtliche Fragen berührt werden müssen, ankommen. Landgerichtsdirektor
Müller schloß, daß der Prozeß vielleicht in drei Tagen wird
zur Ende geführt werden können. Wir werden über den Ausgang
kurz berichten.

Die Schulleiterin. Ein trübes Bild aus dem Künstlerleben
wurde in einer Verhandlung vor Augen geführt, die gestern vor der
vierten Strafkammer unter dem Vorsth des Landgerichtsrats Braun
stattand. Aus der Untersuchungshaft wurde die neunzehnjährige
Schulleiterin Franziska König vorgeführt, die der satweten
Urkundenfälschung in zwei Fällen beschuldigt war. Wie die
Angeklagte angab, stammt sie aus einer wohlhabenden Gutsbesitzer-
familie in der Provinz Sachsen. Als sie nach dem Tode
ihres Vaters ihr Erbteil in Höhe von 30 000 M. ausbezahlt er-
hielt, wandte sie sich nach Wiesbaden, wo sie sich an einem

Zattier-Unternehmen beteiligte. Das Institut verachtete, die
Angeklagte verlor ihr ganzes Vermögen. Nun wurde sie Schul-
leiterin. Sie knüpfte verschiedene Herrenbekanntschaften an, u. a.
auch die eines reichen Chemikers aus Koblenz. Dieser soll ihr ver-
sprochen haben, sie im Falle eines Engagements mit einer Summe
von 2000 M. zur Anschaffung eines eignen Pferdes zu unter-
stützen. Im Mai wurde ihr Stellung angeboten. Der frühere
Stellhaber wollte sich seines in der Weinlaube abgegebenen
Versprechens nicht erinnern und nun habe ein Agent der Angeklagten
geraten, einen Wechsel in Höhe von 2000 M. auszustellen und mit
dem Annahmevermerk des Chemikers zu versehen, vielleicht würde
dieser als verheirateter Mann Unannehmlichkeiten befürchten und den
Wechsel einlösen. Als diese Erwartung nicht eintraf, übergab die
Angeklagte dem Agenten einen zweiten gefälschten Wechsel über 2000
Mark. Nun beantragte der Chemiker ihre Bestrafung. Der Staats-
anwalt hielt eine gelinde Bestrafung — 3 Wochen Gefängnis — für
angemessen, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt,
bat, diese Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft für verächt-
lich zu erachten. Der Gerichtshof folgte diesem Antrag. Der Vorsitzen-
de entließ die tiefe Neue zeigende Angeklagte mit Worten der Er-
mahnung, in Zukunft nicht wieder dem rechten Wege abzuweichen,
was mit einem: „Nein, gewiß nie wieder!“ versprochen wurde.

Vermischtes.

Ueber den Fall des Nabhbarts schreibt die „Gresl Zeitung“:
„... Endlich waren die meisten guten deutschen Patrioten so
weit, daß sie frohen Herzens ausrufen konnten: „Es ist
erreicht!“, da plötzlich, wie ein Blitz aus heiltem Himmel wird
uns die Nachricht übermittelt, daß der Kaiser in List bei einer
Feierlichkeit nicht mehr die gewohnte Partracht getragen
habe, sondern daß sein Bart zur Seite gekämmt
gewesen sei. Ist es ein Wunder, wenn unsere edelste Klasse
der Männerwelt sich seit Sonntag in fieberhafter Aufregung
befindet? Denn welche Fülle von Möglichkeiten ergibt sich? Ver-
suchen wir den Fall nach unseren Kräften wissenschaftlich und gründ-
lich zu untersuchen. Da haben wir zunächst zwei Kardinal-
möglichkeiten: Entweder, die ganze Sache ist nicht wahr, oder aber
es ist wahr. Jede Möglichkeit hat eine Fülle von Unmöglichkeiten.
Ist die Nachricht nicht wahr, so kann sie entweder der willkürlichen
Phantasie eines sensationslüsternen Reporters entsprungen sein,
oder aber auf die Ausrichtigkeit oder weite Entfernung der Berichts-
erstatter vom Monarchen, auf schlechte Beleuchtung oder sonst
einen Zufall zurückzuführen sein. Ist sie aber wahr, so giebt es noch
viel mehr Möglichkeiten. Zunächst kann es sich um eine vorüber-
gehende Erscheinung oder um eine dauernde handeln. Ist sie nur
vorübergehend, so kann wieder der Zufall oder die Abficht eine Rolle
gespielt haben. Der diensttuende Kammerdiener kann die Schurz-
bartbinde verlegt haben, oder der Kaiser hat nicht die genügende
Zeit oder Lust mehr gehabt, seinen Bart in gewohnter Weise aus-
gestalten zu lassen; oder aber er wollte nur einmal sehen, wie ihm
eine andre Partracht sieht, und ist vielleicht schon am nächsten
Tage wieder zu der alten Form zurückgekehrt. Handelt es
sich aber um eine dauernde Erscheinung, so wären zunächst die
Gründe für den Bartwechsel von höchstem Interesse. Handelt es
sich hier zum Beispiel um eine völlige Aenderung des Gesichtsauf-
baues oder um einen Allerhöchsten Keger darüber, daß die Tracht
von so vielen Menschen und Unberufenen, vom schneidigsten
Offizier bis zum meist hinausgeworfenen commis voyageur
nachgeahmt wurde? Und dann: Wenn der Kaiser seinen Bart
jetzt anders trägt, wie trägt er ihn denn? Was bedeutet: Zur Seite
gekämmt? Da giebt es ja auch wieder die verschiedensten Mög-
lichkeiten. Er kann am Ende breit sein oder spitz, er kann genau woge-
recht gehen, oder an seinem Ende ein wenig mehr nach oben oder
nach unten verlaufen, er kann glatt anliegen oder leicht gewellt sein.
Nach diesen eingehenden Erörterungen über die verschiedenen Mög-
lichkeiten glauben wir die fieberhafte Aufregung der deutschen Männer-
welt zur Besinnung erklären zu können. Vielleicht würde es noch wochenlang
dauern, ehe über die schwierigen Punkte völlige Klarheit geschaffen
worden ist. Aber wir dürfen wohl der tröstlichen Zuversicht sein,
daß uns schon die nächste Nummer der „Woche“ über die wesent-
lichsten Punkte in Bild und Wort Aufklärung bringen wird. Wie
wir hören, soll eine ganze Reihe Personen ihr Weiter-Abonnement
auf die „Woche“ davon abhängig machen, ob sie sich in diesem
besonders wichtigen und aktuellen Falle der hohen Aufgabe, die sie sich
gestellt hat, gewachsen zeigt.“

Der durch die Ueberschwemmung in Ligurien angerichtete
Schaden ist sehr bedeutend. In den Orten Genio, Rallare,
Quiliano, Pian di Perlesio und Villafino wurden mehrere Häuser
zerstört, viele andre drohen einzusinken. Zahlreiche Brücken wurden
in Trümmer gelegt. Die Felder sind in einem trostlosen Zustande.
In Pian di Perlesio haben die Fluten ein ganzes Haus mit der
darin wohnenden Familie fortgerissen, sieben Mitglieder der Familie
sind ertrunken. In Villafino erreichte das Wasser eine Höhe von
10 Meter. Es sieht sehr, daß viele Menschen umgekommen sind,
aber man kennt ihre Zahl noch nicht. Die Behörden senden Hilfs-
mannschaften. Man denkt, den Eisenbahnverkehr am 19. Oktober
wieder voll aufnehmen zu können.

Die Pest in Gladgow. Im Krankenhaus befinden sich noch
21 an Pest Erkrankte; 2 pestverdächtige Personen stehen unter
Beobachtung.

Marktpreise von Berlin am 1. Oktober 1900

nach Ermittlungen des Hl. Volkseigenbüros.		nach Ermittlungen des Hl. Volkseigenbüros.	
Waren	Preis	Waren	Preis
Weizen, gut	15,00	Stroh, neu, D. Gr.	8,—
mittel	14,90	Kraus, 1 kg	1,00
gering	14,80	do. Hauf	1,30
gering	14,70	Schwefel	1,60
gering	14,60	Rohschmelz	1,00
gering	14,50	Sammelstück	1,60
gering	14,40	Butter	2,80
gering	14,30	Vier	60 Stk 4,—
gering	14,20	Rohschmelz	1,60
gering	14,10	Wale	2,60
gering	14,00	Rander	2,60
gering	13,90	Pech	2,—
gering	13,80	Vareise	1,80
gering	13,70	Schleie	2,80
gering	13,60	Fleie	1,40
gering	13,50	Krebst	20,—
gering	13,40	Krebst	2,50

Produktmarkt vom 2. Oktober. Auf dem Getreide markt ent-
wickelte sich fester Haltung unter dem Einfluß besserer amerikanischer
Weizenpreise, welche die Abgeder zu höheren Forderungen veranlaßte. Der
Weizen hielt sich in engen Grenzen. Weizenlieferungen für vorbes.
Termin lieferten sich um 1,75 M. für spätere um 1,75 M. höher. Roggen notierte
vorm um 0,50 bis 0,70 M. besser, für nächstes Frühjahr 1 M. höher. Im
weitere Verlauf zogen die Weize ferner an infolge der Annahme, daß die
angeforderte Ware schant ausgenommen wird. Auch blieben russische
Effekten unrentabel. Hafer und Raps waren still und wenig verändert.
Der Vacostrizus notierte 50,60 M. oder 10 Pf. niedriger.

Witterungsübersicht vom 2. Oktober 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. in C.
Stettin	762	S	2 wollos	13	Darmstadt	751	SW	4 wolkenl	7
Hamburg	762	SW	1 wolkenl	12	Berlin	755	SW	3 bis bed.	12
Berlin	762	SW	1 bedest	15	Köln	754	SW	2 bis bed.	9
Frankf./M.	762	SW	2 bedest	16	Wien	765	SW	—	—
München	762	SW	3 heiter	14	Paris	—	—	—	—
Wien	765	SW	— wolkenl	13	—	—	—	—	—

Weiterprognose für Mittwoch, den 3. Oktober 1900.
Zunächst ziemlich heiter, am Tage etwas wärmer, bei mäßigen südwest-
lichen Winden; nachher neue Trübung und Regen.
Berliner Wetterbureau.